

Stadtforum Berlin 2020:

MIT-MISCHEN (IM)POSSIBLE?

DIE KONSTITUIERUNG DER STADTGESELLSCHAFT

Dokumentation der Veranstaltung vom 10. März 2006 im Filmkunsthaus Babylon

Begrüßung



Prof. Michael Krautzberger, Moderation

Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen zu der heutigen Veranstaltung. Ich darf das auch im Namen von Frau Senatorin Junge-Reyer machen, die zu dieser Veranstaltung eingeladen hat und hier später noch eine Rolle spielen wird. Wer bei den Foren das eine oder andere Mal dabei war, wird wissen,

wie die Veranstaltung in etwa abläuft. Wir veranstalten heute das 10. Stadtforum. Wir haben bereits eine Reihe von Themen behandelt, beginnend mit den Metropolregionen bis zur letzten Veranstaltung mit dem Thema „Talente, Technologie, Toleranz“. Heute steht das Thema „mitmischen (im)possible“ im Mittelpunkt.

Noch einmal kurz zur Idee des Forums, vielleicht auch für jene, die nicht immer dabei waren oder das erste Mal dabei sind: Wir behandeln in diesem Forum aktuelle Fragestellungen der Stadtentwicklung, die nicht unbedingt an konkreten Räumen festgemacht werden, wenn wir sie auch immer im Blick haben. Wir über-

prüfen also die großen Fragestellungen, die die Gesellschaft bewegen, bewegen werden, bewegen sollen. Wir laden dazu jeweils auswärtigen Sachverstand ein und versuchen daraus Folgerungen für die längerfristige Stadtentwicklung Berlins zu ziehen. Wenn ich sage wir, heißt das: Frau Junge-Reyer hat vier Professoren gewonnen, die diesen Prozess begleiten. Das sind Frau Doehler, Frau Giseke, Herr Bodenschatz und ich. Wir werden auch heute wieder anschließend Fleißarbeit machen und versuchen, alles, was Sie hier sagen, als wesentliches Ergebnis auf drei Seiten schriftlich zu komprimieren. Das Ganze soll schließlich einfließen in eine Empfehlung für die Stadtentwicklungspolitik Berlins.

Zum Thema – auch ein wenig als Vorbemerkung: Ich finde, in der Einladung wird das mit dem Kurztitel „Mitmischen“ und in der Kurzbeschreibung in der Einleitung eigentlich sehr treffend beschrieben. Es gibt das Bedürfnis nach einer Klärung. Auf der einen Seite zieht sich die öffentliche Hand aus sehr unterschiedlichen Gründen zurück bzw. muss sich zurückziehen, auf der anderen Seite füllt eine emanzipierte Bevölkerung diese Räume auf. Oder umgekehrt: Die Politik kann ohne eine aktive Unterstützung der Bürgerschaft keine Ziele erreichen bzw. die Bürgerschaft übernimmt dies selber.

Ich habe von Frau Prof. Sinning, die ja anschließend zu uns spricht, gestern einen Artikel gelesen. Darin hatten Sie eine Zwischenüberschrift formuliert, der Bürger als Kunde, dann als Mitgestalter oder als Ko-produzent. Mit dieser Schlagzeile kann

man das Spannungsfeld ganz gut verdeutlichen.

Wir begeben uns mit diesen Veranstaltungen immer in Räume, die mehr oder weniger eine Bedeutung haben. Ich freue mich, dass wir heute im Babylon sind, das auch aus der Kulturgeschichte Berlins heraus ein nicht ganz unwichtiges Gebäude ist. Ende der 20er Jahre wurde es von Hans Poelzig gebaut. Ich hatte heute schon den neuen Berlin-Dehio-Führer in der Hand, der in der kommenden Woche vom Regierenden Bürgermeister gemeinsam mit Prof. Kiesow vorgestellt werden soll. Darin steht eine schöne Passage über das Babylon sowie die historische Bedeutung des gesamten Ensembles. In der DDR-Zeit war es längere Zeit ein Premierenkino, bis es dann die großen Kinos an der Karl-Marx-Allee abgelöst haben.

Zu den heutigen Referaten ist zu sagen, dass wir es wieder machen wie beim letzten Mal. Zunächst hören wir zwei einführende Referate und schließen dann ein Podiumsgespräch an. Ich freue mich, dass als erstes Frau Prof. Sinning zu uns sprechen wird. Wir haben verabredet, dass ich jetzt keine langen Einführungen mache, sondern nur sage, dass sie lange Jahre Geschäftsführerin von KORIs, Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung war, längere Zeit Projektleitungen bei der Bertelsmann Stiftung übernommen hat und jetzt aktuell eine Professur an der Fachhochschule Erfurt hat. Zu Frau Biedermann gibt es auch sehr interessante Sachen zu sagen, aber ich glaube, es ist besser, wenn Sie das selber sagen. Sie wurde von uns eingeladen, um für die

„Aktive Bürgerschaft“ zu sprechen. Dies ist ein privater Verein, der ein Kompetenzzentrum für bürgerschaftliche Initiativen darstellt. Auf dem Podium wird Frau Goehler zu uns sprechen. Frau Goehler ist in Berlin einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Sie war Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg, dann in Berlin Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, dann Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds und ist im Vorstand des Vereins Berlin 21. Gerade diese Funktion stellt einen unmittelbaren Bezug zum heutigen Thema her. Frau Dr. Kolland ist Leiterin des Kulturamtes Berlin-Neukölln und gleichzeitig Leiterin des Amtes für Kultur und Bibliotheken. Sie ist im Vorstand der Bürgerstiftung Neukölln, über die sie uns auch berichten wird. Frau Lompscher ist Bezirksstadträtin in Lichtenberg. Dort wurde ein Projekt unternommen, das bundesweit Aufmerksamkeit erzeugt bzw. auf sich gezogen hat, nämlich der Bürgerhaushalt.

Wir haben hier einige Kameras im Raum. Ich sage es nur, weil damit diese öffentliche Veranstaltung teilweise auch auf Ton aufgenommen wird, um sie hinterher auswerten zu können. Sie finden die Veranstaltung dann im Internet unter der Seite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dokumentiert. Das beginnt mit einer Kurzdokumentation der Vorträge und es wird die Diskussion wiedergege-

ben. Die Senatorin wird darüber hinaus am Ende der Veranstaltung eine Zusammenfassung machen – das Schlusswort entsteht aus der Sitzung heraus und ist vorher nicht vorbereitet. Diese Beiträge stehen dann auch im Internet und können dort nachgelesen werden ebenso wie die Empfehlungen des Beirats.

Auf der Homepage gibt es auch eine so genannte Pinwand, die unterschiedlich stark genutzt wird. Ich schaue mir diese regelmäßig an. Die Aussagen sind diesmal sehr intensiv gewesen, obwohl es nicht unbedingt sehr viele Beiträge waren. Es war sehr viel Unzufriedenheit mit anderen, besonders mit dem Senat zu lesen. Bis zu dem Punkt, wo einer gesagt hat, jetzt müssen wir alle eine ordentliche Bildung bekommen, um Diskussionen führen zu können – auch die Vogelgrippe tauchte auf. Es wurde also durchaus lebendig. Wir dürfen auch Sie einladen, sich daran zu beteiligen, weil auch wir da reinschauen und gucken, ob ein Gedanke formuliert wurde, den wir auch mit Blick auf die Schlussfolgerungen aufgreifen könnten.

Jetzt kommen wir zu den Referaten. Frau Prof. Sinning wird als Erste zu uns sprechen. Danach gibt es eine kurze Zeit zum Nachfragen. Danach fahren wir mit dem nächsten Referat fort. Vielen Dank. Frau Professor Sinning.

„Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung. Potenziale und Restriktionen“



Prof. Dr. Heidi Sinning, *FH Erfurt*

Mein Titel lautet: Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklungspotenziale und Restriktionen. Wie Herr Krautzberger in seiner freundlichen Einführung schon erwähnt hat, komme ich mit einem praktischen Hintergrund sowohl im Modellvorhaben und praktischen Bürgerbeteiligungsprojekten sowie der Betreuung des bundesweiten Netzwerkes Civitas, Bürgerorientierte Kommunen, als auch jetzt von einem eher wissenschaftlichen Hintergrund in der Hochschule in Erfurt. In meinem Vortrag möchte ich auf fünf Thesen eingehen, die die heutige Thematik einführen und zur Diskussion anregen sollen. Frau Biedermann wird im Anschluss dann eher auf Praxisbeispiele eingehen und, wie ich erfahren habe, auch in den konkreten Podiumsstatements wird dann auf konkrete Praxisbeispiele weiter eingegangen.

Zum Leitbild: Aktuelle Herausforderungen der Städte stellen die gewohnten Verfahrensweisen und Leistungen der Städte in Frage. Ökonomischer Strukturwandel,

demografischer Wandel, Finanzknappheit sind nur einige, die man hier nennen kann. Sind öffentlich betriebene Schwimmbäder noch finanzierbar? Wie weit sollen Kinder zukünftig zu Grund- und weiterführenden Schulen fahren müssen? Welche Ausstattungsstandards können gewährt werden? Das sind nur einige Fragen, die natürlich aktuell auch in diesem Zusammenhang gestellt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass der Bürger als Partner, als Mitgestalter und Koproduzent gefragt ist. Hier wird es auch im Sinne dieser Veranstaltung heute spannend. Welcher Wandel im Selbstverständnis von Politik und Verwaltung, welches Leitbild steht eigentlich dahinter? Staat und Kommune verstehen sich nicht mehr als die überlegenen hoheitlichen Dirigenten, sondern als Mitspieler in einem Netz von Handelnden – hier in der Grafik zu sehen. So ist jedenfalls das neue Politikverständnis auch zu sehen. Es geht darum, möglichst viele Akteure vor Ort einzubinden und Staat und Kommunen, also Verwaltung und Politik übernehmen erstens die Aufgabe, öffentliche Interessen zu vertreten, sie unterstützen die Selbstorganisation bürgerschaftlicher Aktivitäten und gewährleisten drittens die Gemeinwohlorientierung.

Als Zielsetzung geht es darum, die Lebensqualität in Stadt und Quartier umfassend zu entwickeln und zu verbessern.

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Neues Politikverständnis

Hierarchische Steuerung

Kooperative Steuerung

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Abfolge kommunaler Leitbilder

(nach Banner 1998)

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Vielfalt der Bürgerbeteiligungsformen

Informieren ⇨ Beteiligen ⇨ Kooperieren

| | | |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Befragung • Ausstellung • Kampagne • Bürgerversammlung • Vortrags- und Diskussionsveranstaltung • Exkursion • etc. | <ul style="list-style-type: none"> • Beirat, Ausschuss • Aktion Ortsidee • Arbeitsgruppe • Zukunftswerkstatt • Future Search Conference • Zielgruppenbeteiligung • E-Participation • etc. | <ul style="list-style-type: none"> • Workshop, Werkstatt • Forum • Runder Tisch • Mediation • etc. |
|--|---|---|

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

1 Leitbild: Die Stadt der Zukunft ist die Bürgerstadt

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Zusammenarbeit der Akteure im Governance-Modell

(K = Staat/Kommune; B = Bürgerschaft; W = Wirtschaft)

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

2 Urban Governance: Das Kooperationspotential zwischen Bürgern und Stadt wird nicht ausgeschöpft.

- Partizipation
- Bürgerschaftliches Engagement
- Corporate Citizenship

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Beteiligungskultur und Qualitätsstandards

- Lokale Beteiligungs- und Anerkennungskultur
- Schnittstellen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik
- Infrastruktur für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
- Monitoring: Lokale Demokratiebilanz...

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Beispiel Lokale Demokratiebilanz

© Prof. Dr. Heide Sinnig

Wie lässt sich dieser Wandel des Politikverständnisses herleiten? Ich möchte dies an Hand der Verwaltungsmodernisierung kurz aufzeigen, um auch deutlich zu machen, was sich denn eigentlich gegenüber vor 10 oder 20 Jahren geändert hat. Bis vor 20 Jahren war das Denken und Handeln in der Kommune, in der Stadt geprägt von der Vorstellung, eine Behörde zu sein. Die Behörde hatte die Aufgabe, für Recht und Ordnung zu sorgen. Aber in Bezug auf die Attraktivität und Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger geriet das Modell zunehmend unter Druck und die wirtschaftliche Existenz wurde mehr und mehr zu einem der wesentlichen Probleme dieser Leitvorstellung.

Die Lösung wurde in den Prinzipien der Privatwirtschaft gesucht. Die Wirtschaft befand sich schon seit längerem in der Abkehr von Hierarchie und Bürokratie. Mehr und mehr wurde Anfang der 90er Jahre das Modell des Dienstleistungsunternehmens bzw. der Dienstleistungskommune zur Leitvorstellung kommunalen Handelns. Mit dem neuen Steuerungsmodell hielt das Leitbild der effizienten Verwaltung Einzug. Zielorientierung, Wirtschaftlichkeit, Orientierung am Markt, Wettbewerb und Kundenorientierung waren die Schlagworte. In der Mehrzahl der deutschen Städte wird heute dezentralisiert, outgesourct, budgetiert, es werden Kontrakte ausgehandelt und Produkte gebildet.

Die Bürgerbeteiligung erhielt hier ebenfalls eine wichtige Rolle, denn viele Kommunen sagten, im Rahmen des Modernisierungsprozesses erkennen wir, dass es

nicht ausreicht, allein innerhalb der Verwaltung zu reformieren, wir müssen auch in eine Außenorientierung gehen, eben zusammen mit den Bürgern. Aber das eben erst in ersten Ansätzen. Dies lässt sich auch in der kommunalen Leitbildfolge nachzeichnen, wie man hier sehen kann. Die Blickrichtung der Dienstleistungskommune ist der Markt bzw. der Bürger in seiner Eigenschaft als Kunde kommunaler Leistungen. Doch an diesem Begriff des Kunden reiben sich seit einigen Jahren Wissenschaft und Praxis. Als Kunde wird der Bürger nicht in seiner gesamten Palettenbreite gesehen. Ein Kunde ist passiv, lediglich Konsument der Dienstleistung. Die nächste Herausforderung ist deshalb das Leitbild der Bürgerkommune oder der Bürgerstadt. Während das Anforderungsprofil der Dienstleistungskommune in der kommunalen Verwaltungspraxis inzwischen durchaus state of the art ist, ist aber die Bürgerstadt noch in der Phase, sich breitenwirksam durchzusetzen. Dabei geht es darum, dass sich Verwaltung und Politik um eine konsequente partnerschaftliche und andauernde Kooperation mit der Bürgerschaft bemüht. Die Grafik hier zeigt, dass Dienstleistungs- und Bürgerkommune keine Gegensätze sind, vielmehr setzt die Bürgerkommune die Dienstleistungskommune voraus und baut auf ihr auf. Aber in der Bürgerkommune nimmt der Bürger weitere Rollen an.

Und hier, wiederum spannend, bezieht die Bürgerstadt Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter unmittelbar in eine partnerschaftliche Zusammenarbeit ein, zum Beispiel beim Bürgerhaushalt. Das werden wir im Grunde noch hören, habe ich

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

3 Bürgerorientierte Stadtentwicklung benötigt eine Beteiligungskultur und Qualitätsstandards.

Stadtforum „mit-mischen (im)possible? – die Konstituierung der Stadtgesellschaft“ © Prof. Dr. Heide Simonig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Mindeststandards durch Staat/ Verwaltung

- dauerhaft
- flächendeckend
- qualitativ



Stadtforum „mit-mischen (im)possible? – die Konstituierung der Stadtgesellschaft“ © Prof. Dr. Heide Simonig

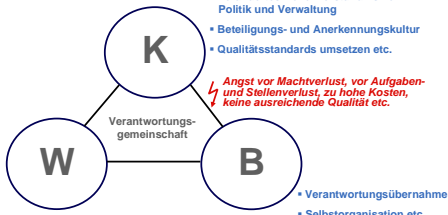
Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

4 Bürger als Ko-Produzenten und Mitgestalter: Die Stadt muss Mindeststandards gewährleisten

Stadtforum „mit-mischen (im)possible? – die Konstituierung der Stadtgesellschaft“ © Prof. Dr. Heide Simonig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Anforderungen an Akteure, Restriktionen



- Verändertes Rollenverständnis von Politik und Verwaltung
- Beteiligungs- und Anerkennungskultur
- Qualitätsstandards umsetzen etc.

Angst vor Machtverlust, vor Aufgaben- und Stellenverlust, zu hohe Kosten, keine ausreichende Qualität etc.

- Verantwortungsübernahme
- Selbstorganisation etc.

(K = Staat/Kommune; B = Bürgerschaft; W = Wirtschaft)

Stadtforum „mit-mischen (im)possible? – die Konstituierung der Stadtgesellschaft“ © Prof. Dr. Heide Simonig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

5 Die Bürgerstadt braucht Teamplayer, die Potenziale nutzen und Restriktionen beachten.

Stadtforum „mit-mischen (im)possible? – die Konstituierung der Stadtgesellschaft“ © Prof. Dr. Heide Simonig

Urban Governance – Bürgerorientierte Stadtentwicklung, Potenziale und Restriktionen

Thesen im Überblick

- 1** Leitbild: Die Stadt der Zukunft ist die Bürgerstadt.
- 2** Urban Governance: Das Kooperationspotential zwischen Bürgern und Stadt wird nicht ausgeschöpft.
- 3** Bürgerorientierte Stadtentwicklung benötigt eine Beteiligungskultur und Qualitätsstandards
- 4** Bürger als Ko-Produzenten und Mitgestalter, aber die Stadt muss Mindeststandards gewährleisten
- 5** Die Bürgerstadt braucht Teamplayer, die Potenziale nutzen, Restriktionen beachten

Stadtforum „mit-mischen (im)possible? – die Konstituierung der Stadtgesellschaft“ © Prof. Dr. Heide Simonig

vorhin erfahren. Das Leitbild der bürgerorientierten Kommune fordert Mitverantwortung der Bürger für die Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden. Dabei besteht häufig von Seiten der Bürger und Bürgerinnen die Bereitschaft, insbesondere im unmittelbaren Wohnumfeld und eher projektbezogen als in dauerhafter Verpflichtung mitzuarbeiten. Zugleich verlangt sie die ergänzende Form und Verfahren der

Bürgermitwirkung und entsprechende Unterstützungsstrukturen, die den Bürgerinnen und Bürgern eine demokratische Teilhabe auch erst ermöglichen. Diese Mitwirkungsformen und Verfahren sind mittlerweile vielfältig und breit. Die Bandbreite der Form der Information, Beteiligung und Kooperation hat sich in den letzten Jahren noch sehr erweitert. Also das Handwerkszeug für die Bürgerstadt ist

vorhanden, daran mangelt es nicht, zu arbeiten ist vielmehr an der Bürgerstadt insgesamt. Und deshalb die erste These, das Leitbild: Die Stadt der Zukunft ist die Bürgerstadt.

2. *Das Governancemodell.* Wie lässt sich das Leitbild Bürgerstadt umsetzen? Ansatzpunkte enthält das Konzept des Governancemodells oder auch Urban Governance genannt. Bei Governance – das ist ein neues Schlagwort, da kann man sich darüber streiten, ob das so gut gewählt ist, weil man es immer erklären muss und es nicht für sich spricht – bei Governance handelt es sich um eine geregelte, aber dennoch flexible Form eines kooperativen Steuerungsansatzes. Bei diesem kooperativen Steuerungsansatz wird deutlich, dass es um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit geht. Für Städte und Gemeinden stellt sich nach diesem Governancemodell vor allem die Aufgabe, ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation auszubauen. Das heißt insbesondere, Wirtschaft und Bürgerschaft als Koproduzenten öffentlicher Leistungen einzubeziehen. Aber wie das geschehen kann, darüber sollten wir heute auch noch diskutieren und dazu auch noch einige Ausführungen.

Es geht also um das gemeinsame Gestalten. Denn die Zukunftsfähigkeit einer Kommune hängt davon ab, ob sie in der Lage ist, mit den örtlichen Akteuren gemeinsam tragfähige Visionen zu entwickeln und gemeinsam formulierter Ziele in Maßnahmen zu überführen und diese auch umzusetzen. Das ist also das Ziel, die Vision dahinter. Zentrale Erfolgsfaktoren sind, dass Partnerschaften gesucht wer-

den. Netzwerke, Public Private Partnerships, Partizipation unterstützen diese Problemlösungsfähigkeit der Kommunen. Es geht um die Bildung von Verantwortungsgemeinschaften – hier in der Mitte als Zusammenarbeit von Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft aufgezeigt. Dabei tritt die öffentliche Hand als Gewährleister von Gemeinwohlinteressen auf, bezieht die Bürgerinnen und den Bürger frühzeitig ein und motiviert zum Engagement, so dass sie sich auch später an der Umsetzung beteiligen und für ihre Kommune bürgerschaftlich engagieren. Die Grafik hier zeigt, wie vielfältig die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den drei Akteuren sind, hier angeführt, K) Kommune, B) Wirtschaft und C) – ganz wichtig – Bürgerschaft. Diese Grafik zeigt also diese Vielfalt von Kooperationen. Und da, wo der Bürger gefragt ist, ist jeweils eine rote Blume darunter gezogen.

Das ist eben auch das Interessante, dass hier die Möglichkeit besteht, einmal in der Partizipation, dort, wo Kommune und Bürgerschaft zusammenarbeiten, eine Möglichkeit besteht, dass sich die Bürger von sich aus selbst organisieren, sich bürgerschaftlich engagieren zur Wirtschaft in Form von Corporate Citizenchip und eben als einen Dreiklang der Zusammenarbeit in der Verantwortungsgemeinschaft von Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft. Dieses Potenzial, was hier aufgezeigt ist, wird aber häufig gar nicht ausgeschöpft. Hier besteht also brachliegendes Potenzial, was auch die zweite These besagt. Das Proportionspotenzial zwischen Bürgern und Staat wird nicht ausgeschöpft in dieser Form der Partizipation des bürger-

schaftlichen Engagements und des Corporate Citizenchips.

3. Bürgerorientierte Stadtentwicklung. In ihrem Abschlussbericht betont die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, wie wichtig eine Kultur des kooperativen Handelns und Entscheidens, also eine Beteiligungskultur ist. Ähnlich sagt es das Netzwerk Bürgerorientierter Kommunen in Deutschland der Bertelsmann Stiftung und des Vereins Aktive Bürgerschaft. Es formuliert den Ausbau einer lokalen Beteiligungs- und Anerkennungskultur als zentrale Anforderung. Gemeint ist ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Verwaltungspolitik und Bürgerschaft, bei dem das Engagement der Bürger eine angemessene Wertschätzung erfährt. Das betrifft nicht nur die Bürger, sondern, wenn man das weiter denkt, eben auch die Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung. Das haben wir in dem Netzwerk sehr oft diskutiert, dass es letztendlich um ein Geben und Nehmen geht, wo sowohl ein Anerkennungs- und Würdigungsaspekt für die Bürger als auch gerade für Verwaltung und Politik gegeben ist. Da werden sicherlich einige sagen, Moment mal, hier gibt es doch eher Konflikte, wir werden doch meistens nur mit Kritik gestraft. Aber da ist trotzdem Potenzial, so zeigt es zumindest auch die Praxis aus den bürgerorientierten Kommunen im Netzwerk, das hier sehr intensiv gearbeitet hat. Wichtig ist auch, dass hier ein Rollenverständnis bei Verwaltung und Politik dahinter steht, eine offene Beteiligungskultur auch umsetzen zu wollen. Um diese Beteiligungskultur, Anerken-

nungskultur ernsthaft zu verankern, sind gewisse Qualitätsstandards erforderlich. Zu diesem Standard gehört es zum Beispiel, dass Schnittstellen zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft hergestellt werden, wie es beispielsweise hier auch in Berlin mit diesem Stadtforum geschieht. Aber die Bandbreite dieser Schnittstellenmöglichkeiten ist natürlich viel größer.

Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement bedürfen der institutionellen eindeutig definierten Verankerung. Für Bürgerinnen und Bürger muss transparent sein, wo Schnittstellen zu Politik und Verwaltung sind und wo sie an Planungs- und Entscheidungsprozessen auch definitiv mitwirken können, wo das gewünscht ist und wo es ein ehrliches Interesse gibt, auch die Anregungen, Meinungen, Interessen und Vorschläge einzubeziehen. Ein weiterer Qualitätsstandard ist, eine unterstützende Infrastruktur für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement bereitzustellen. Für Bürgerinnen- und Bürgerengagement sind insbesondere auf Stadtteilebene besondere Orte als räumliche Identifikationspunkte nötig. Dezentrale Bürgerämter, Bürgerbüros, Bürgertreffs sind Beispiele. Sie ermöglichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sich über die Dienstleistung der Stadt und über Mitwirkungsmöglichkeiten zu informieren und fördern so auch das bürgerschaftliche Engagement. Neben diesen drei übergeordneten Qualitätsstandards gibt es weitere Voraussetzungen, unter anderem zum Beispiel, dass ein echter Gestaltungsspielraum für Bürgerinnen und Bürger besteht, dass auch frühzeitig beteiligt wird, so dass noch eine echte Möglichkeit der Einwirkung vorhan-

den ist, oder auch, dass ein Ausgleich zwischen verschiedenen sozialen Schichten und Interessen gegeben ist, so dass nicht sozial benachteiligte Gruppen hier außen vor gelassen werden.

Nicht zuletzt hier noch ein neues Schlagwort, die lokale Demokratiebilanz. Um kontinuierlich die qualitative Weiterentwicklung der bürgerorientierten Stadtentwicklung zu befördern, kann auch die lokale Demokratiebilanz als Instrument der Selbstevaluation, der Selbsterhebung und der strategischen Weiterentwicklung der Bürgerorientierung genutzt werden. Die lokale Demokratiebilanz stammt aus Skandinavien und wurde bereits in ersten Städten und Gemeinden in Deutschland durchgeführt. Es geht darum transparent zu machen, wo die Städte auf dem Weg zur Bürgerkommune, zur Bürgerstadt stehen, welche Qualität sie bereits erreicht haben und wo Handlungsbedarf besteht. Also eine kontinuierliche Verbesserungsstrategie bei der Umsetzung einer Bürgerstadt. Ziel ist es, in regelmäßigen Abständen diesen erreichten Grad der Bürgerstadt zu prüfen und zu dokumentieren. Also eine Gesamtstrategie neben den Einzelansätzen des Bürgerengagements und der Bürgerbeteiligung, auch die Gesamtbeteiligungskultur zu betrachten und zu gucken, kommen wir denn wirklich weiter. Die Städte können so auch immer wieder Schwachstellen und Probleme thematisieren und kontinuierlich an Verbesserungen arbeiten. Damit wird es auch zur Selbstverständlichkeit. Das meint Beteiligungskultur auch, dass man ein Selbstverständnis entwickelt, dass die Beteiligungskultur hier mit zur Stadtentwick-

lung, zur Stadtpolitik dazu gehört. Hier ist dieser Regelkreislauf zur lokalen Demokratiebilanz noch mal abgebildet. Das möchte ich aber nicht weiter erläutern.

Entsprechend die dritte These: Bürgerorientierte Stadtentwicklung benötigt eine Beteiligungskultur und Qualitätsstandards, die entsprechend umgesetzt werden.

4. Bürger als Koproduzenten. In der Bürgerstadt soll die Verwaltung in Zukunft von ihrer allzuständigen Definitionsmacht ein Stück an die Bürger zurückgeben. Stärker als bisher muss sie auch als Unterstützerin auftreten, die Bürgerinnen und Bürger mit den notwendigen Mitteln und Instrumenten ausstatten, damit sie ihre Belange in der kommunalen Gemeinschaft selbst organisieren, regeln und eben auch mitmischen können. Es geht nicht darum, dass Bürgerinnen und Bürger nur in die Bresche springen, wenn dem Staat oder der Stadt das Geld ausgeht. Zum anderen muss es auch klar sein, dass die Stadt den Bürgerinnen und Bürgern nicht in allen Lebensbereichen die Dinge aus der Hand nehmen kann, die sie selber, vielleicht sogar besser organisieren können.

Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement sind Schönwetterstrategien, würden Sie sagen. Damit ist gemeint, wenn sie funktionieren, bieten sie viele Vorteile. Was ist aber, wenn nicht? Was ist, wenn sich ein Bürgerverein auflöst, der sich beispielsweise für die Unterhaltung eines Schwimmbades engagiert? Was ist, wenn in einem Stadtteil nur begrenzt Bürgerengagement entfacht und kaum Bereitschaft

zur Mitwirkung besteht? Was passiert, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen bei einer Bürgerbeteiligung nicht berücksichtigt werden? Hier ist Staat, Verwaltung und Politik gefragt, für entsprechende Mindeststandards zu sorgen. Bürger engagieren sich häufig punktuell, projektorientiert, zeitlich befristet. Dies ist zu beachten, denn die Stadt, die Kommunen müssen dauerhaft Leistungen gewähren. Dabei ist Bürgerengagement als Ergänzung des öffentlichen Angebots und nicht als Ersatz zu betrachten. Ganz wichtig – das kann nur eine Ergänzung sein, aber nicht der Ersatz. Vor allem können von den Bürgern keine öffentlichen Pflichtaufgaben übernommen werden. Staat, Verwaltung, Politik müssen für eine gerechte Verteilung eintreten, das heißt, einen flächendeckenden Mindeststandard gewährleisten, dass nicht in einem Stadtteil, weil da hohes Engagement ist oder es da besser organisierte Gruppen gibt, denen es gut geht und den anderen eben nicht. Das wurde auch im Rahmen von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf Soziale Stadt thematisiert, wo die Bürger sich dort jetzt noch allein überlassen werden – wenn sie sich engagieren, klappt es mit den Standards, und sonst nicht. Das sind wichtige Fragen, die man hier natürlich klären muss. Aus meiner Sicht ist eben darauf zu achten, dass die Städte und Gemeinden diese Pflicht der Mindeststandards auch ernst nehmen. Genauso gilt es, auf Qualitäten bei den Mindeststandards hinzuwirken. Welche Ausstattung erhalten Kindergärten, wo wird Barrierefreiheit eingerichtet, welche Infrastruktur, Nahversorgung soll es in den Wohngebieten mindestens geben? Das sind alles

Fragen, die nicht von ganz alleine funktionieren, sondern wo schon noch eine Verpflichtung besteht, auf Standards zu achten.

Entsprechend die vierte These: Bürger als Koproduzenten und Mitgestalter. Die Stadt muss Mindeststandards gewährleisten.

Und nun zum letzten Punkt – die Bürgerstadt. Es gibt viele gute Gründe, die für das Mitmischen der Bürger bei Stadtentwicklungsfragen sprechen. Ob es die Belebung der lokalen Demokratie und die damit zum Beispiel verbundene Stärkung von Nachbarschaftsnetzen, der Abbau von Politikverdrossenheit oder die Integration sozial benachteiligter Gruppen ist. Gründe sind auch die Erhöhung der Akzeptanz für kommunales Handeln oder gar die Unterstützung bei der Haushaltskonsolidierung zu mehr Effizienz. Aber ungeachtet auch positiver Beispiele gelungener Praxis der Bürgerbeteiligung, gibt es nach wie vor viele Beispiele, wo Bürger mit ihren Möglichkeiten zum Mitmischen unzufrieden sind. Daran gilt es natürlich zu arbeiten. Es bleibt deshalb die Herausforderung im Zuge eines Wandels des Rollen- und Selbstverständnisses der Politik und Verwaltung. Das ist hier oben angegeben. Das ist quasi auch die Anforderung, die Herausforderung für die Kommune, für die Stadt, das Selbstverständnis sich eben zu wandeln, eine Beteiligungs- und Anerkennungskultur zu etablieren und die genannten Qualitätsstandards auch umzusetzen – Qualitätsstandards zur Partizipation. Ein reichhaltiges Wissen und Praxiserfahrung sind vorhanden. Was fehlt ist, diese auch in die Praxis umzusetzen und in der Breite

auch diese Qualität der Partizipation zu verbessern. Dabei gibt es natürlich auch Restriktionen, die man beachten und wo man auch gegensteuern muss. Da befürchtet zum Beispiel die Politik noch häufig, dass sie durch die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern Macht verliert. Wenn die Bürger Vorentscheidungen treffen, was kann ich denn zum Beispiel noch entscheiden? Die Verwaltung erwartet zum Teil mehr Aufwand durch Partizipation. Oder es entstehen bei der Übernahme von öffentlichen Aufgaben durch Bürgerinnen und Bürger Kompetenzkonflikte oder gar die Angst, dass Stellen gestrichen werden. Das sind sicherlich berechnete Ängste zum Teil, aber das zeigt auch, dass hier eine gegenseitige Kommunikation nötig ist, die diese Beteiligungs- und Anerkennungskultur wachsen lässt. Man ist schnell dabei, sowohl von Seiten der Kommune als auch von Seiten der Bürger abzuurteilen oder auch Kritik zu äußern, Klischees wieder auf den Tisch zu bringen. Aber gerade hier an diesem Spannungsbogen, mit Rot eingezeichnet, gilt es auch zu arbeiten. Da müssen beide Seiten ihren Part beisteuern. Auch von Seiten der Bürgerschaft ist natürlich die entsprechende Verantwortungsübernahme, die Bereitschaft nötig – die Bereitschaft zur Selbstorganisation und auch ein gegenseitiges Interesse, diese Beteiligungs- und Anerkennungskultur zu verwirklichen. Eine weitere Herausforderung der Zukunft ist sicherlich auch das bereits vorhandene Engagementpotenzial von rund 30%. Sie haben das vielleicht schon mal gehört, im Rahmen des zweiten Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums 2004. Nach dieser Erhebung sind

schon 30% der Bürgerinnen und Bürger aktiv. Das ist eine Menge. Das hat man bundesweit erhoben, aber auch durch verschiedene Landeserhebungen und Kommunenerhebungen noch mal untermauert. Und weitere 30% würden gerne sich engagieren. Es fehlt aber an einer Unterstützungsstruktur, es fehlt an Offenheit, Bereitschaft von Verwaltung, Politik, meinen die Bürger. Dieses Engagementpotenzial noch weiter aufzugreifen ist also eine Riesenchance. Das ist sicherlich auch eine Frage, die Frau Biedermann später noch thematisieren wird.

Entsprechend muss die Stadtpolitik darauf zielen, eine solche kommunale Verantwortungsgemeinschaft zu fördern. Kommune, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sollen also partnerschaftlich zusammenarbeiten. Und dies beginnt mit dem Aufbau und der Pflege vernetzter Strukturen, der gegenseitigen Bereitschaft auch zu kommunizieren, auch gerade über die Probleme und eben auch durch eine Ressort- und Hierarchiegrenzen überschreitende Zusammenarbeit. Es ist ähnlich wie in einem Fußballteam. Wenn jeder Spieler am liebsten seine eigene Taktik im Spiel spielen und diese auch umsetzen will, dann spielt das Team als Ganzes natürlich schlecht. Auch die Stadtentwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn die verschiedenen Akteure ein gemeinsames Spiel spielen, eine gemeinsame Strategie verfolgen, nämlich die Bürgerstadt. Und deswegen: die Bürgerstadt braucht Teamplayer, die Potenziale nutzen und Restriktionen beachten. Soweit mein Vortrag. Zum Abschluss die Thesen im Überblick. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank Frau Prof. Sinning. Wir können jetzt Nachfragen an Frau Sinning stellen, und dazu am besten Wortmeldungen. Frau Sinning, könnte ich Sie von mir aus mal fragen, gibt es aus Ihrer Erfahrung bzw. aus den Erkenntnissen Ihrer Untersuchungen heraus bestimmte Bereiche oder Felder, wo das bürgerschaftliche Engagement besonders ausgeprägt ist – also bestimmte Bereiche der Stadtentwicklung oder der allgemeinen Kommunalpolitik, die sich besonders herausformen?

Prof. Dr. Heidi Sinning, FH Erfurt

Ich habe sehr gute Erfahrungen mit Bürgerengagement, mit Bürgerbeteiligung dann gemacht, wenn es um Entwicklungsaufgaben geht – also positiv nach vorne, Entwicklungsaufgaben in der Stadtentwicklung. Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement ist immer dann schwierig, wenn die Meinungen von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft unterschiedlich sind. Aber wenn man an einer gemeinsamen Strategie arbeitet, wenn man erst mal Ideen, Konzepte, Maßnahmen entwickelt, dann ist es einfach. Dann, wenn Konflikte auf den Tisch kommen, wird es schwierig. Aber wenn man sie anpackt, dann klappt es. Entsprechende Themenfelder liegen natürlich sehr stark im sozialen Bereich und auch dort, wo in der Nachbarschaft, in den Quartieren und Stadtteilen gearbeitet wird, weil da im unmittelbaren Wohnumfeld eine Menge Spielräume bei der direkten Umsetzung sichtbar werden. Das wäre sicherlich auch interessant, aus dem Publikum zu hören, wo sie positive Erfahrungen gemacht haben und wo sie meinen, an welchen Punkten es schwierig

wird – wo es einen Bedarf gibt, in einer Form zusammenzuarbeiten, dass man die Bürgerstadt auch verwirklichen kann.

Redebeitrag Publikum

Ich habe einige Verständnisprobleme. Zum Ersten, Sie haben auf Ihren Folien häufig Staat/Kommune geschrieben. Wie ist das zu verstehen? Seit es seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine kommunale Selbstverwaltung gibt, gibt es ja ein Spannungsverhältnis zwischen dem Staat und der von den Bürgern organisierten Selbstverwaltung. Oder liegt hier mehr das Verständnis der DDR zu Grunde, wonach die Kommunen örtliche Staatsorgane waren – also eingeordnet in eine Hierarchie, die vom Zentralstaat über den Bezirk, den Kreis und die Stadt ging? Daraus ergibt sich auch die weitere Frage: Ist dieses Modell der Bürgerstadt auch auf andere Ebenen übertragbar? Wäre das auch auf Bundesebene zu machen und auf der Ebene von Flächenstaaten?

Das zweite Verständnisproblem ist, Sie sprechen immer von Verwaltung. Damit meinen Sie also Verwaltungsangehörige, die mit den Bürgern sprechen. Nun gibt es ja auch noch vom Volk gewählte Vertreter, die die örtliche Gemeinschaft repräsentieren sollen, wie es im Grundgesetz heißt. Und es gibt auch, wie in Berlin, aber auch in anderen Städten, mehrstufige Volksvertretungen. Sind die dann außen vor oder wird die Bürgergesellschaft diese ersetzen oder kommen die beiläufig dazu? Da könnte ich mir vorstellen, dass da auch gewisse Spannungsverhältnisse oder Klärungsbedarfe bestehen.

Prof. Dr. Heidi Sinning, *FH Erfurt*

Ja, das sind eine Menge Fragen, aber auch wichtige Fragen, die Sie hier stellen. Wenn ich hier von Staat und Kommune oder Staat und Stadt oder Staat und Verwaltung und Politik spreche, meine ich im Prinzip, dass alle Ebenen eingebunden werden sollen. Wir haben häufig darüber im Rahmen des Netzwerks Bürger und Städte, Kommune diskutiert. Der Ort, wo die Bürgerinnen und Bürger das größte Interesse haben, sich lokal zu engagieren – das hören Sie schon am Begriff „lokal“ – ist eben die Kommune oder auch der Stadtteil bei den größeren Städten. Da liegen quasi das Hauptengagement und auch die Hauptengagementbereitschaft. Deswegen ist die kleinere Ebene immer eher der Ort der Bürgerbeteiligung, des bürgerschaftlichen Engagements. Es spricht aber nichts dagegen, auch auf den anderen Ebenen Bürgerbeteiligung oder Bürgerengagement einzusetzen, abhängig natürlich von der Fragestellung. Ich wurde hier vorher auch angesprochen auf Großprojekte innerhalb der Stadt Berlin. Das ist natürlich eine stadtpolitische Frage, während andere Fragen auf Stadtteilebene oder Bezirksebene geklärt werden müssen. Da muss man sehr differenzieren. Deswegen bin ich Ihnen dankbar für den Hinweis. Man muss sehr schauen, um was für Themen und Anlässe es geht und dann auch die Ebenen entscheiden. Wir haben in dem Netzwerk Bürger, Städte und Kommunen immer gemerkt, dass es auch eine Unterstützungsstruktur der Landes- und Bundesebene braucht. Also: es reicht nicht aus, nur die Kommune zu betrachten. Es gibt zum Beispiel in Ländern wie Baden-Württemberg auch auf Landesebe-

ne ein Netzwerk bürgerschaftlich engagierter Kommunen. Das ist für diejenigen eine sehr große Unterstützung und sehr hilfreich, die dieses Thema als Motor in den Städten oder in den Kommunen vorantreiben wollen. Ebenso war die Enquete-Kommission in der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements auf Bundesebene sehr hilfreich.

Ich habe vielleicht nicht immer die Politik erwähnt, manchmal vielleicht nur Verwaltung gesagt. Ich meine aber mit Stadtkommune immer Politik und Verwaltung gemeinsam, weil das nicht zu trennen ist. In der Praxis gehört das einfach zusammen. Politik und Verwaltung müssen hier Hand in Hand arbeiten. Sie haben unterschiedliche Rollen wahrzunehmen. Da fängt es natürlich an, richtig spannend zu werden. Wenn die Politik bereit ist, Bürger ernst zu nehmen, Bürger zu beteiligen, zum Beispiel beim Bürgerhaushalt, was heißt das denn für die Politik? Welche Rolle übernimmt die Politik noch, wenn die Bürger selber den Haushalt durchforsten und sagen, an dieser oder jener Stelle würden wir etwas anderes für das Geld ausgeben - wie verhält sich die Politik dann? Das sind wirklich ein Spannungsverhältnis und eine spannende Schnittstelle, an denen sowohl Bürger, Verwaltung und Politik zusammenarbeiten müssen.

Jetzt kann ich nicht länger reden, weil das Publikum ja auch noch zum Zuge kommen soll. Ich hoffe, dass ich auf Ihre Fragen einigermaßen eingegangen bin.

Redebeitrag Publikum

Guten Abend, mich interessiert die Situation, in der Konflikte entstehen, in der Bürger nicht nur an der Beteiligungskultur teilhaben wollen, sondern in der sie mitbestimmen wollen oder sogar selbst bestimmen wollen. Situationen, in denen der Konflikt vielleicht sogar mit der Forderung einhergeht, zur selbst bestimmten Durchführung konkreter Projekte auch das Geld bereitzustellen. Wie kann das organisiert werden, dass so etwas möglich wird? Denn einfach nur mitmischen ist zu wenig.

Prof. Dr. Heidi Sinning, FH Erfurt

Für Konfliktthemen gibt es natürlich schon bewährte, auch erprobte Beteiligungsformen – bei harten Konflikten z.B. Mediationsverfahren, wo dann unter Einschaltung externer Moderatoren, externer Fachleute zwischen den Interessenskonfliktparteien vermittelt wird.

Jetzt würde ich natürlich gerne wissen, welchen Konfliktfall Sie im Hinterkopf haben. Ihre Frage hat sicherlich auch einen konkreten Hintergrund. Da muss man dann sehr speziell schauen, ob es Sinn macht, ein Dialogverfahren anzustreben. Es wäre im Sinne einer Bürgerstadt wünschenswert, wenn von Seiten der Bürger das Interesse besteht, bei bestimmten Konfliktthemen den Dialog mit der Verwaltung und Politik zu suchen. Dafür sollte eine geeignete Plattform zur Verfügung gestellt werden und dann gemeinsam die Spielregeln ausgehandelt werden, mit denen alle einverstanden sind und versuchen, zu diesen Konflikten eine Lösung zu finden. Da gibt es konkrete Erfahrungen, Spielregeln, auch Handwerkszeug, was

man anwenden muss. Der erste Schritt ist aber, und deswegen habe ich das heute im Einstiegsvortrag betont, dass die Bereitschaft dafür von allen drei Seiten da sein muss, diesen Dialog zu suchen. Das meint auch die Beteiligungskultur.

Redebeitrag Publikum

Es geht um die Rechtsform, also wie man das einordnen kann, wenn Bürger mitbestimmen bzw. selbst entscheiden wollen. Das muss ja rechtlich und politisch irgendwie vorher geklärt sein und kann nicht so im luftleeren Raum geschehen. Mit dem Dialog geht es doch oft nicht weiter, wenn die Kommune oder der Staat etc. etwas an Zuständigkeiten abgibt, Verantwortung abgeben könnte, sollte, müsste.

Prof. Dr. Heidi Sinning, FH Erfurt

Sie meinen jetzt direkt demokratische Verfahren, also Bürgerentscheid, Bürgerbegehren, wo Sie rechtlich auch Ihre Interessen einordnen können?

Redebeitrag Publikum

Es gibt doch konkrete Projekte. Wenn bei einem konkreten Projekt, bei dem Bürger üblicherweise beteiligt sind, ein Konflikt auftritt und die Bürger dann sagen, lasst uns das machen, wir wissen und können das vielleicht sogar besser, wir brauchen also die Zustimmung von Ihnen, dass wir das Projekt alleine weiterführen dürfen und das Geld dazu bekommen – auch Wettbewerbe und solche Dinge. Das muss doch irgendwo möglich sein. Bisher ist es immer so, dass die Bürger im Endergebnis abgebügelt werden, dass sie eigentlich nicht zuständig seien, nicht das Allge-

meinwohl im Sinne haben, sondern nur ihre eigenen Interessen. Das wird denen dann immer vorgehalten. Und da ist dann immer Schluss. Auch wenn es ums Geld geht – dass man den Bürgern das Geld für ihren Stadtteil überreicht und sie dann selbst bestimmen, was sie im Stadtteil damit machen. Dies ist beispielsweise in New York möglich. Solche Dinge kenne ich hier bisher noch nicht. Das muss rechtlich, politisch oder ähnlich irgendwann geregelt werden. So geht es nicht weiter. Es wird immer Konflikte geben und immer auf Kosten der Bürger.

Prof. Dr. Heidi Sinning, FH Erfurt

Also rechtlich leben wir ja in einer Demokratie, die auch, wie eben angesprochen, durch gewählte Repräsentanten vertreten ist. Da ist das letztendlich eine politische Entscheidung, ob zum Beispiel ein Stadtteil ein Stadtteilbudget bekommt und mit diesem Budget dann gemeinsam entscheiden kann, was er damit tut. Das ist eine Frage, die jeweils ausgehandelt werden muss. Sie haben rechtlich meines Wissens erst mal keine Möglichkeit, ein solches Budget einzufordern. Dafür ist eine politische Entscheidung notwendig. Wenn diese gegeben ist, verfügen Sie auch über eine Form der Mitentscheidung

über die Geldvergabe. In Bremen zum Beispiel wurde im Rahmen eines Wohn- und Nachbarschaftsprojekts in diesem Bürgergremium per Konsens entschieden, dass alles, was im Konsens entschieden wird, mit diesem Stadtteilbudget auch umgesetzt wird. Ich glaube, hier in Berlin gibt es in Ansätzen schon ähnliche Stadtteilbudgets. Aber erst mal muss die Politik natürlich dazu ihr Votum abgeben. Auch um einen Bürgerhaushalt einzurichten, muss natürlich erst mal ein politischer Wille vorhanden sein. Das ist ein Prozess, der ausgehandelt werden muss. Deswegen: Geben Sie nicht auf, diesen Aushandlungs- und Dialogprozess zwischen der Verwaltung, der Politik und der Bürgerschaft einzugehen. Lassen Sie sich nicht abwimmeln. Bleiben Sie hartnäckig und suchen Sie sich Mitstreiter – auch Mitstreiter in der Politik und der Verwaltung, die durchaus experimentierfreundlich sind und mitmachen.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank. Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, Frau Sinning. Sie bleiben ja noch bei uns für weitere Diskussionen. Ich darf Frau Biedermann jetzt bitten, zum Podium zu kommen.

„Was können Bürger tun? – Beispiele bürgerschaftlichen Engagements“



Christiane Biedermann, *Aktive Bürgerschaft*

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie ebenfalls ganz herzlich. Ich freue mich über die Einladung, mit Ihnen der Frage nachgehen zu dürfen, was können Bürger tun und welche Beispiele bürgerschaftlichen Engagements gibt es?

Besonders bedanken möchte ich mich bei denjenigen unter Ihnen, die in den vergangenen Wochen auf mich zugekommen sind und mir ihr Engagement vorgestellt haben. Das war eine ganze Menge. Und es hat mich sehr gefreut. Sie können ganz sicher sein, dass der eine oder andere Aspekt in meinen Vortrag eingeflossen ist und auch meinen Vortrag angeregt hat. Die Gastgeber und Veranstalter des Stadtforums beweisen mit dem heutigen Thema Weitsicht und Einfühlungsvermögen. Die Frage, ob Mitmischen impossible oder possible ist, lässt viel Spielraum für die Diskussion, was Bürgerinnen und Bürger tatsächlich tun können. Ich wünsche mir vor allen Dingen, dass Sie gekommen

sind, weil Sie schon mitmischen oder auch weil Sie vorhaben, dies zu tun. Aber ich weiß auch, dass es manchmal sehr schwierig ist, andere von der guten Idee zu überzeugen, dass man nicht immer auf Gegenliebe stößt, dass es Hürden gibt und dass einem als engagierter Bürger auch manchmal der eine oder andere Stein in den Weg gelegt wird. Folglich werde ich ausgewählte Aspekte skizzieren, die hoffenswerterweise einen neuen und ungetrübten Blick auf das bürgerschaftliche Engagement werfen. Gleichzeitig habe ich Beispiele ausgewählt, die für neue Trends stehen und hoffentlich auch für „Mitmischen possible“. Ich habe meinen Beitrag in die Punkte „Eine Hand voll Aspekte“, „Vertrauen in die eigene Kraft“, „Starke Partner“ gegliedert. Enden werde ich mit einem kurzen Blick auf Berlin.

Erlauben Sie mir nun, kurz noch etwas zur „Aktiven Bürgerschaft“ zu sagen. Herr Prof. Krautzberger hatte angeregt, ich soll auch noch was zu mir sagen. Das mache ich gerne. Ich bin von Beruf Sozialpädagogin, habe dann Gemeinwesenarbeit in London betrieben, war eine ganze Weile in Sao Paulo in Brasilien, habe in einer großen Industriemetropole kennen gelernt, was mitmischen heißt. Ich habe dort in einem Unternehmen gearbeitet und mit Mitarbeitern ein Projekt entwickelt, wo es darum ging, was sie in ihrem unmittelbaren Gemeinwesen gegen Armut und für



Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Vertrauen in die eigene Kraft

- Trend: neue Modelle bürgerschaftlicher Selbstorganisation erleben großen Zuspruch
- Zusammenschlüsse mit unterschiedlicher Couleur

Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Vertrauen in die eigene Kraft

Beispiel par Exzellenz: Bürgerstiftung



Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Vertrauen in die eigene Kraft

Beispiel: Die Wiesbaden Stiftung

- Motto: „Von Bürgern für Bürger – eine Stiftung für alle“
- Die Wiesbadener Bürgerstiftung bietet Privatpersonen, Vereinen, Institutionen und Unternehmen Möglichkeiten, Einfluss auf die Entwicklung der hessischen Landeshauptstadt zu nehmen.
- Projekte: Leonardo Schul-Award, Ideenwettbewerb Walkmühle

Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Starke Partner: Unternehmen

- *Chancen:* Unternehmen, die sich als Corporate Citizens verstehen
- *Chancen:* Unternehmen sind ressourcenstark (Personal, Wissen, Logistik, Netzwerke)
- *Grenzen:* wenn Bürger und Unternehmen keine gemeinsamen Ziele haben

Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Starke Partner: Unternehmen

Beispiel: Corporate Citizenship-Team

- Bestehend aus Privatinitiativen, Unternehmen und Vertretern der Stadt Weinheim
- Probleme in der Stadt mit Zeit-, Geld- und Sachspenden *gemeinsam* lösen
- Ein Projekt: Sanierung eines Schuldaches

Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Berlin...

- ist reich an Potenzialen und Möglichkeiten
- *könnte* zu neuen Wegen, starken Partnern und Zusammenschlüssen aufbrechen
- statt einem „weiter so wie bisher“ zu folgen

Aktive Bürgerschaft Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
 Volksbanken Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Bildung tun können. So bin ich dann zur „Aktiven Bürgerschaft“ gekommen.

Wir begleiten seit ungefähr 10 Jahren die Entwicklungen bürgerschaftlichen Engagements hierzulande und verstehen uns als ein Kompetenzzentrum und sind das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volks- und Raiffeisenbanken. Wir unterstützen bundesweit bürgerschaftliche Selbstorganisation vor Ort im Sinne der genossenschaftlichen Philosophie, wo es um Hilfe zur Selbsthilfe geht. Unser Schwerpunkt sind dabei die Bürgerstiftungen, eine recht junge Stiftungsform, auf die ich auch noch zu sprechen kommen werde. Außerdem liegt uns sehr viel daran, Engagementbeispiele, die gut sind, die sich bewährt haben, in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und auch dadurch zum Nachahmen anzuregen. Wir zeichnen seit acht Jahren mit einem Förderpreis gemeinnützige Organisationen aus, die mit beispielhaften, ungewöhnlichen und wirkungsvollen Ideen und Projekten die Gesellschaft im Kleinen, sprich in der Gemeinde, in der Stadt, in einer Region, verändern. Über 1000 Vereine und Initiativen haben sich bislang an diesem Wettbewerb beteiligt. Und wir konnten schon 30 Projekte und Organisationen auszeichnen. Berlin war auch schon dabei, und zwar im Jahr 2003. Da ging der Preis an die damalige Gründungsinitiative der Bürgerstiftung Neukölln. Und wir freuen uns natürlich, dass sich die Stiftung jetzt gegründet hat und ihre Arbeit fortsetzen wird.

Zur diesjährigen Verleihung des Förderpreises „Aktive Bürgerschaft“ darf ich Sie

auch ganz herzlich einladen. Er wird in 12 Tagen im Volksbankgebäude am Brandenburger Tor verliehen. Ich kann Ihnen versichern, dass Sie dort in den Genuss kommen werden, Beispiele bürgerschaftlichen Engagements aus erster Hand kennen zu lernen, denn die Preisträger werden dort sein und sie werden auch von ihren Projekten und dem, was sie vor Ort tun, berichten. Ich will das jetzt hier gar nicht länger vertiefen. Im Eingangsbereich liegen auch Informationen über die Veranstaltung und auch über die aktive Bürgerschaft aus.

Was können Bürgerinnen und Bürger tun? Die Frage ist spannender denn je. Frau Prof. Sinning hat schon das breite Spektrum aufgezeigt, was Bürger tun können und worum es dabei geht. Bei mir wird es etwas schmalspuriger werden, weil ich mich auf ein paar Beispiele konzentrieren werde. Vorab möchte ich aber noch mal eine Hand voll Aspekte aufzeigen. Zunächst empfiehlt es sich aus meiner Sicht, Abschied zu nehmen von dem Mythos, Bürgerinnen und Bürger seien nicht sonderlich engagiert, man müsse sie erst noch aktivieren. Immerhin ist jeder dritte Bundesbürger, das hat auch Frau Sinning gesagt, in irgendeiner Weise engagiert, ehrenamtlich engagiert für Kunst, Kultur, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Naturschutz, Denkmalschutz etc. Tendenz steigend, so lauten die empirischen Befunde. In Berlin ist das bürgerschaftliche Engagement in den vergangenen Jahren sogar gestiegen, und zwar mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt, und zwar um 5 %. Damit liegt die Hauptstadt in seinem Engagementpotenzial bei knapp einem

Drittel der Hauptstadtbewohner, die sich in irgendeiner Weise engagieren. Ähnlich positiv sieht die Bereitschaft zum Stiften aus. Auch hier kann sich jeder Dritte vorstellen, mit anderen gemeinsam eine Stiftung zu gründen. Das vergangene Jahr gilt als das Rekordjahr der Stiftungsgründungen hierzulande, so der Bundesverband Deutscher Stiftungen. Zwar wurden nie zuvor seit 1945 in Deutschland so viele Stiftungen neu errichtet wie 2005. Insgesamt waren das 880 Stiftungen. In Berlin kamen im letzten Jahr allein 37 neue Stiftungen dazu. Damit liegt die Hauptstadt bei 537 Stiftungen. Auch keine schlechte Zahl, meine ich. So betrachtet, mangelt es nicht prinzipiell an Engagementbereitschaft, auch wenn es hier und da noch Potenziale gibt.

Einen anderen Aspekt, der mir wichtig ist, möchte ich noch aufrufen. Wir beobachten, und andere Fachleute tun das auch, dass die Menschen wirklich Abstand davon nehmen, als Ehrenamtliche verwaltet zu werden, und dass sie auch nicht als Lückenbüßer dastehen wollen, die die leeren öffentlichen Kassen füllen. Vielmehr sind Bürgerinnen und Bürger daran interessiert, Probleme zu lösen, die in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld geschehen und die sie dort ganz konkret und pragmatisch erleben. Sie wollen das nicht alleine, sondern mit anderen, mit der Familie, mit Bekannten, mit Arbeitskollegen tun. Außerdem muss sich das Engagement im Rahmen ihrer zeitlichen und auch finanziellen Möglichkeiten bewegen. Sie wollen vor allen Dingen auch Wirkungen sehen, was sie erreichen im Jetzt und auch für die Zukunft. Zu diesem Bild passt, dass

seit ein paar Jahren neue Modelle bürgerschaftlicher Selbstorganisation großen Zuspruch finden. Da gibt es verschiedene Modelle und auch verschiedenen Zusammensetzungen von Bürgerinnen und Bürgern. Ein Beispiel hierfür sind die Bürgerstiftungen. Sie gelten als die neuen Trendsetter unter den Stiftungen. Dem Konzept nach sind sie Gemeinschaften von Stiftern. In ihnen schließen sich nach dem Vorbild, und zwar kommt diese Stiftungsform eigentlich aus den USA und heißt dort Community Foundation, schließen sich in diesen Bürgerstiftungen Privatpersonen, Unternehmen, Vereine und andere Organisationen zusammen. Sie bauen gemeinsam aus kleinen und mittleren Geldbeträgen das Stiftungskapital auf, um dann aus den Erträgen wiederum soziale, kulturelle Projekte und Initiativen vor Ort zu fördern oder auch Jugendinitiativen zu unterstützen, aber auch wiederum, um eigene Projekte durchzuführen. Heute starten Bürgerstiftungen oftmals mit einem kleinen Kreis vom 15 bis 30 Erststiftern, später kommen dann immer mehr Stifter und Zustifter und Spender hinzu. So kann praktisch auch jeder Stifter sein und Stifter werden, weil auch kleines Geld viel ausmacht. Außerdem sind in den Bürgerstiftungen und in ihrem Projekt natürlich überall auch Ehrenamtliche oder Bürger engagiert, die einen dauerhaft, die anderen punktuell. Sie machen mal bei den Aktionen mit, ziehen sich dann wieder zurück und kommen wieder zu der Bürgerstiftung.

Bürgerstiftungen halten wir für innovativ, weil sie auf die eigene Kraft der Bürgergesellschaft und der Bürger vertrauen, weil

sie Eigenkapital bilden und mit eigenen finanziellen Mitteln bürgerschaftliches Engagement vor Ort auf lange Sicht organisieren, fördern, unterstützen können. Damit können sie sich auch unabhängig von Wahlentscheidungen machen und auch von politischer Einflussnahme. Da wird aus unserer Sicht „Mitmischen possible“.

Hierzulande wurden in den vergangenen 10 Jahren, ich hatte es gesagt, das ist eine sehr junge Stiftungsform, schon über hundert Bürgerstiftungen auf den Weg gebracht, und es werden immer mehr. Uns erreichen fast täglich Anrufe von Bürgern, die überlegen, so eine Bürgerstiftung zu gründen, und fragen, wie man das macht, woran man denken muss. Wir bemühen uns dann, den Menschen zu helfen. Das Vermögen der Bürgerstiftung wird im Moment auf 40 Millionen Euro geschätzt. Einige Bürgerstiftungen verfügen schon über 2 bis 3 Millionen, andere haben mit 50.000 Euro angefangen und haben in zwei Jahren das Kapital verfünffacht. Bürgerstiftungen schütten bislang rund 3 Millionen Fördersumme aus. Da möchten Sie meinen, das ist noch nicht sonderlich viel. Aber wir meinen, da kommt noch eine ganze Menge dazu, weil es erst der Anfang ist.

Ein Beispiel einer Bürgerstiftung möchte ich Ihnen vorstellen, und zwar den Gewinner unseres diesjährigen Förderpreises, den die Jury für professionell, visionär und beispielhaft beurteilte: die Wiesbadener Bürgerstiftung. Ihr Motto ist: „Von Bürgern für Bürger – Eine Stiftung für alle.“ Das ist auch ihr Programm. Sie

wurde erst vor drei Jahren gegründet, und zwar mit einem Kapital von 200.000 €. Dahinter standen Privatpersonen und Unternehmen. Heute haben diese Akteure schon über 1 Million an Stiftungskapital zusammengebracht. Sie zählen insgesamt 33 Stifter und 40 Ehrenamtliche, die in dieser Bürgerstiftung mitarbeiten als Vorstand, in der Geschäftsführung und in den diversen Projekten.

Wie viel Geld hat diese Bürgerstiftung schon ausgeben können? Das waren bis heute insgesamt 320.000 €. Und sie finanzieren davon Projekte wie zum Beispiel den Schülerwettbewerb „Leonardo“, eine Art Oskar für herausragende Teamleistungen. Da wurden im letzten Jahr Schülerteams prämiert, die sich im Bereich Wissenschaft und Forschung Gedanken gemacht haben, die im Bereich Medien einen Science Fiction-Film entwickelt haben und eine Dokumentation über muslimische Jugendliche in ihrer Stadt und dann diese Filme erstellt haben. Insgesamt beteiligten sich, und ich denke, das spricht für sich, 850 Schüler mit 94 Teamarbeiten an diesem Wettbewerb. Insgesamt wurden 25 Projekte im Rahmen einer großen Gala vor 1.300 Gästen in Wiesbaden im Kurhaus ausgezeichnet. Möglich wurde dieser ganze Wettbewerb von Partnerschaften, von Schulen, Sponsoren, Medien und prominenten Persönlichkeiten, wie zum Beispiel ZDF-Moderator Wolf von Lojewski, der ja für das Thema Wissen steht. Ein weiteres Beispiel dieser Stiftung ist die Wiesbadener Waldmühle, ein Gelände, das vor 250 Jahren mit einem Gebäude ausgestattet wurde. Dieses Gelände ist jetzt auf dem

besten Wege dahin, eine Künstlerkolonie zu werden, die vielfältige Veranstaltungen und Ausstellungen mit und für Künstler und die Wiesbadener anbieten wird. Die Wiesbadener Stiftung ist eine Kooperation mit der Fachhochschule eingegangen. Sie haben einen Wettbewerb ausgeschrieben für Architekturstudenten, die Konzepte für dieses Künstlerdomizil entwickelt haben. Die beste Idee wurde prämiert. Die soll nun auch gemeinsam mit der Stadt umgesetzt werden. Ich denke, ähnliche Beispiele von Projekten und auch der Entwicklung von so einer Bürgerstiftung kann man auch bei den anderen Bürgerstiftungen in Deutschland finden. Wir freuen uns sehr, dass es in Berlin inzwischen schon 3 Bürgerstiftungen gibt, die Bürgerstiftung Berlin, die Bürgerstiftung Neukölln und die Bürgerstiftung Steglitz-Neu-Zehlendorf. Und wir wissen von drei weiteren Initiativen, die vorhaben, eine Bürgerstiftung für ihren Stadtteil zu gründen. Ich hoffe, ich erfahre heute noch von weiteren.

Es wird Sie aufgrund meines Hintergrundes nicht verwundern, dass ich nun auf privatgewerbliche Unternehmen zu sprechen komme. In den vergangenen Jahren hat sich, wenn auch zögerlich, die gesellschaftliche Verantwortung für Unternehmen an Bedeutung gewonnen. Firmen, die sich heute als Unternehmensmitbürger – so nennt man das im Fachjargon –, als so genannte Corporate Citizen verstehen, reicht das Engagement über das traditionsreiche Spenden, Sponsoring und Mäzenatentum hinaus. Solche Unternehmen, die ihre Rolle in der Gesellschaft weiter verstehen, können starke Partner für engagierte Bürgerinnen und Bürger sein,

denn sie wollen auch zur Lösung von Problemen an ihrem Standort beitragen und sie verstehen sich doch in gewisser Weise auch als Mitmischer und als gesellschaftspolitische Akteure. Sie sind ressourcenstark, das wissen sie. Sie können sich mit ihrem Personal, ihrem Wissen, ihrer Logistik, mit Netzwerken und Kontakten auch zu Gunsten der Gesellschaft einbringen. Dabei habe ich weniger große Firmen, die Global Player vor Augen, ich habe vielmehr die kleinen und mittleren Unternehmen vor Augen. Ich denke an Einzelhändler, an Selbstständige, Handwerksbetriebe, die IT-Firma, die PR Agentur. Praktisch gewendet heißt das, starke Partner suchen in Unternehmen aus unserer Sicht und auch aufgrund unserer Erfahrung, dass es nicht darum geht, mit einer einfachen Bitte an Unternehmen heranzutreten, zu sagen, wir brauchen finanzielle Unterstützung, wir wollen hier was Gutes tun, sondern man muss eine überzeugende Idee haben, die auch anschlussfähig ist an das Unternehmen, an die Branche, an seine Produkte und die Dienstleistungen. Ich möchte damit auch von einem fertigen Konzept abraten. Das bekommen wir auch häufiger mal zugeschickt. Denn Unternehmen möchten natürlich auch ihre Vorstellungen einbringen und sich später auch in diesen Projekten bürgerschaftlichen Engagements deutlich wieder finden. Vielmehr geht es aus unserer Sicht darum, in Gesprächen Gemeinsamkeiten herauszufinden, gute Beziehungen und auch Vertrauen aufzubauen. Auf diesem Weg finden sich auch Firmenchefs und Mitarbeiter, die das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements erkennen und auch unterstützen. So können, ty-

pisch für belastbare Partnerschaften, gemeinsame Vorhaben und Projekte entstehen und man kann auch so gemeinsame Interessen verfolgen, durch die auch „mitmischen possible“ werden kann.

Entsprechend des heutigen Themas habe ich Ihnen ein Beispiel mitgebracht, das sich im Bereich Stadtteilarbeit bewegt. Zwar hat in Weinheim die dortige Volksbank die Diskussion eröffnet, wie sich die Stadt denn in Zeiten leerer Kassen weiterentwickeln könnte und wohin es mit der Stadt gehen soll. Sie hat zunächst eine Ausstellung in ihren Kundenräumen zum Thema Bürgerengagement gemacht und dann zu Diskussionsabenden eingeladen – und zwar die Stadt, den Bürgermeister, Geschäftspartner, also Unternehmen, und die Kunden und Mitglieder der Bank. Die kamen dort alle zusammen. Aus diesen mehreren Abenden ging ein so genanntes Corporate Citizen-Chip-Team – dieses Wort ist wirklich ein Zungenbrecher – hervor. Ein Team, bestehend aus Privatinitiativen, Unternehmen und Vertretern der Stadt, die sich nun in Weinheim darum bemühen wollen, die Stadt auch weiterzuentwickeln und gemeinsame Probleme vor Ort anzunehmen. So wurde beispielsweise eine Komplettsanierung eines Schuldaches möglich, die schon viele Jahre anstand und für die die Stadt einfach kein Geld hatte. In den Ferien und an den Wochenenden räumten Eltern einen Kiesbelag des Flachdachs der Schule, eine Firma stellte die Geräte zur Verfügung, und zwar Schaufeln, Schubkarren und eine Rutsche, um 35 Tonnen Kies vom Dach zu bekommen. Nach den Sanierungsarbeiten übernahm eine Firma dann noch die

Installation einer Solaranlage und auch die Miete für die nächsten 20 Jahre. Die Stadt garantierte den Versicherungsschutz für die ehrenamtlich tätigen Eltern. Soweit ein Beispiel.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt. In Berlin können Bürger und Bürgerinnen, bis auf wenige Ausnahmen, alle Beispiele von Bürgerengagement antreffen, wie es dies auch im ganzen Bundesgebiet gibt. In der Hauptstadt gibt es etwa 15.000 Vereine, wie ich schon sagte, 537 Stiftungen, dazu kommen unzählige Bürgerinitiativen, die Nachbarschaftshäuser, Selbsthilfekontaktstellen, Communities, Organisingorganisationen, Tauschbörsen, lokale Agendas, Gruppen, die Vorortbüros des Quartiersmanagements als Anlaufstellen für Bürger, Unternehmenspartnerschaften, die es auch in Berlin gibt, Bürgerstiftungen und den Freiwilligentag als einen Aktionstag, wo Bürger mitmachen in gemeinnützigen Organisationen können. Ich bitte, es mir nachzusehen, wenn ich jetzt das eine oder andere Projekt oder das eine oder andere Modell vergessen habe. Dann würde ich Sie einfach bitten, dass auch in der Diskussion noch mal zur Sprache zu bringen.

Stellt man diese Infrastruktur in Rechnung, so ist die Stadt reich an bürgerschaftlichem Engagement. Wer etwas tun möchte, kann eigentlich zwischen einer großen Palette auswählen, und er hat auch noch Vermittlungsbüros, die so genannten Freiwilligenagenturen, die Leute, die sich engagieren möchten, auch an gemeinnützige Organisationen weiter vermitteln. Hinzu kommt, dass Berlin über

einige Netzwerke verfügt, die sich auch für Bürgerengagement einsetzen, wie das Stiftungsnetzwerk beispielsweise – ich denke, das ist immer noch nicht so bekannt. Außerdem ist, denke ich, Berlin auch ein Stück weit privilegiert gegenüber anderen Städten im Bundesgebiet, denn inzwischen haben hier einige Organisationen ihren Sitz, die sich bundesweit für Bürgerengagement einsetzen, die auch ein Stück weit Einfluss auf die Entwicklung in der Stadt nehmen. Ich möchte Sie wirklich auch ermuntern, diese Organisationen aufzusuchen und sich dort das Know-how sozusagen abzuholen. Dazu gehört der Bundesverband Deutscher Stiftungen, dazu gehört die Akademie für Ehrenamtlichkeit als Weiterbildungseinrichtung, dazu gehören wir. Also wenn Sie überlegen, eine Bürgerstiftung zu gründen, kommen Sie wirklich auf uns zu.

Ich komme zum Ende meines Impulses. Die Potenziale und innovativen Beispiele bürgerschaftlichen Engagements sind aus meiner Sicht vorhanden. Anlass zur Unruhe sollte geben, wenn die Bürger und die Stadt weiter so wie bisher verharren und auf der Stelle treten. Ich möchte Sie ermuntern, zu neuen ungewohnten Wegen aufzubrechen, sich starke Mitstreiter und Partner zu suchen und auch neue Bündnisse einzugehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Krautzberger, Moderation

Ja, das war jetzt das Wort zur Pause. Frau Biedermann, herzlichen Dank dafür, Sie bleiben ja auch noch bei uns. Ich würde vorschlagen, dass wir uns jetzt eine Viertelstunde die Füße vertreten und uns in fünfzehn Minuten wieder treffen.

Pause

Podiumsdiskussion: „Wege in Berlin“

Prof. Michael Krautzberger, Moderation
Meine Damen und Herren, wir sind hier im Kino und ich dachte eigentlich, wir hätten einen Gong, der das Kino beginnen lässt. Aber offenbar steht er so stark unter Denkmalschutz, dass er nicht benutzt wird. Ich darf Sie also bitten, jetzt Platz zu nehmen. Wir müssen uns auch deshalb ein bisschen spaten, weil wir um 19 Uhr tatsächlich aufhören müssen – plus/minus ein paar Minuten, weil danach eine Filmpremiere stattfindet. Das haben Sie viel-

leicht auch draußen schon wahrgenommen. Wir müssen noch ein paar Sachen nachfragen und Ihnen vor allem auch Gelegenheit geben, sich zu beteiligen.

Es sind jetzt drei Persönlichkeiten hier, die sehr viel an Erfahrungshintergrund und Kompetenz mitbringen. Ich würde natürlich schon vorschlagen, dass wir in der nächsten Runde irgendwann auch auf das Thema der Restriktionen zu sprechen kommen – also wo klemmt es eigentlich?

Wir hatten in der letzten Runde ja schon einen Aspekt gehört: Es klemmt dann, wenn sich der Staat, die Kommune usw. zurückzieht. Dann wollen wir einen zweiten Punkt aufgreifen, der auch von einem Teilnehmer kam, nämlich die Spielregeln. Ich nenne es mal so, auch wenn das kein sehr glücklicher Ausdruck ist. Einer von Ihnen hat vorhin gesagt, dass wir auch Kommunalparlamente haben, die man gar nicht einordnen kann. Das ist vielleicht eine theoretische Frage beim Thema Bürgerhaushalt. So, das wäre nun der Versuch des Moderators, seiner Bezeichnung gerecht zu werden, ein Konzept bzw. einen Ablauf zu haben. Ich denke, wir sollten gleich anfangen. Ich glaube, Frau Dr. Kolland, Sie wollten jetzt den ersten Beitrag machen und vielleicht, auch ausgehend von der Diskussion, anschließend einen ersten Kommentar abgeben.



Dr. Dorothea Kolland, Bürgerstiftung Neukölln

Ich hatte Herrn Krautzberger gebeten, mich vor Frau Goehler zu ziehen – nicht, weil ich besser bin als sie, sondern weil ich gern an das Thema Flachdach anschließen möchte, das sich ja vor der Pause so schön entwickelt hat. Ich glaube, es wäre das Dümme auf der Welt, wenn man das Thema Bürgerstiftung auf solche

ehrenamtlichen Hilfsprojekte für die öffentliche Hand reduzieren würde, sprich Schulzimmer ausweißen oder mal den Garten pflegen. Das würde dem Thema auch überhaupt nicht gerecht werden. Deshalb würde ich jetzt gerne versuchen, aus der Berliner Realität ein bisschen was dagegen zu setzen. Ich muss gleich sagen, dass die Realität sehr, sehr viel komplizierter und schwieriger ist, als man sich das in jeglichem Lehrbuch vorstellen könnte.

Die Bürgerstiftung Neukölln: Es gab da einen ersten Versuch, und zwar von sehr prominenten Menschen, die zufällig in Neukölln lebten und die auf bundesministerieller oder landesministerieller Ebene mit dem Thema bürgerschaftliches Engagement zu tun hatten. Sie wissen, dass das vor ein paar Jahren mal ein großes Thema der Bundesregierung war. Und die dachten, na ja, wenn das ein großes Thema ist, dann müssen wir das machen. Und sie versuchten es. Es ist gründlich schief gegangen, weil eine Bürgerstiftung nur mit dem politischen Willen überhaupt nicht zu machen ist. Es gelang nicht, den politischen Willen in Wurzeln umzusetzen.

Dann gab es den zweiten Versuch, der dann auf Neuköllner Ebene stattgefunden hat, wo aber diejenigen einbezogen waren, die diesen ersten Versuch wagten. Dieser zweite Versuch hatte ganz viel zu tun mit dem Frust über Parteien, mit Frust über die Politik, mit Frust über die Verwaltung, und zwar mit Frust darüber, was die Verwaltung und insbesondere die lokale Politik nicht leisten wollte oder nicht leisten konnte. Das war der Ausgangspunkt

der Bürgerstiftung Neukölln, also kein Flachdach, sondern etwas ganz anderes. Die Bürgerstiftung Neukölln ist von vornherein mit einem besonderen Konzept angetreten, was schwierig ist und was uns auch Schwierigkeiten gemacht hat, entsprechend Geldgeber zu finden. Wir wollten nämlich von vornherein eine multi-ethnische Bürgerstiftung Neukölln haben. Sie kennen vielleicht, na ja klar, ich meine, wir sind ja in Neukölln Frontstadt der Nation – in Neukölln leben ungefähr 165 Nationalitäten, das ändert sich jeden Tag. In Nord Neukölln sind über 50 % der Menschen nicht-deutscher Herkunft, in manchen Schulen sind es über 90 %. Und Sie wissen wie ich es auch weiß, dass es da manchmal ganz schön kracht. Aber es kracht nicht nur, es gibt ein ungeheures Potenzial von Menschen aus der ganzen Welt, die hier angekommen sind und die auch Bürger werden wollen, die aber außen vor gelassen werden, die sich zum Teil schon lange organisiert haben in ihren Community-Vereinen, die viel machen auch innerhalb ihrer Communities, aber es gibt bislang so gut wie kein gemeinsames bürgerschaftliches Engagement der Migranten und der „Eingeborenen“. Es sind jetzt erste Ansätze da. Daran zu arbeiten, das ist eigentlich unsere Absicht, und zwar nicht so sehr von der gut gemeinten sozialarbeiterischen Hilfestellung her, sondern wir versuchen, partnerschaftlich zu arbeiten. Dieses sagt oder schreibt sich so leicht, aber es ist dann eben in der Realität sehr schwer umzusetzen. Aber das ist die spannende Aufgabe. Wir sind uns innerhalb der Bürgerstiftung sicher, dass wir in Neukölln wirklich verloren sind, wenn es uns nicht gelingt zu die-

ser Partnerschaftlichkeit zusammenzukommen. Ich denke, dann kann Berlin auch irgendwo den Griffel abgeben, denn gerade solche sozialen Brennpunkte wie Neukölln, Wedding oder Tiergarten sind letztendlich doch die Punkte, an denen sich die Zukunft einer Großstadt entscheiden wird – eine Metropole, oder man baut eine Mauer drum. Das können wir auch machen, da haben wir ja Erfahrung.

Das war also der Ausgangspunkt. Es ist uns jetzt endlich gelungen, wie die Kollegin vom Stiftungsverband schon berichtete, im Herbst diese Stiftung zu gründen. Wir hatten uns vorgenommen, 50.000 Euro Stiftungskapital zu erwerben. Dies ist erschreckend wenig, wenn Sie sich ausrechnen, was man damit ausschütten kann, es ist aber erschreckend viel, wenn man die 50.000 Euro erst mal zusammenbekommen will. Denn es gibt schon reiche Leute in Neukölln, in Rudow und Buckow. Sie brauchen bloß den Sozialstrukturatlas lesen, da gibt es ganz schön einkommensstarke Menschen. Bloß, die interessieren sich eigentlich nicht für Neukölln, oder sie interessieren sich für Rudow, die sagen, wir sind Rudower, aber nicht Neuköllner.

Also wir haben es hinbekommen. Wir haben im Moment 102 Stifter, und wir haben immerhin 70.000 Euro Gründungskapital geschafft. Wir hoffen natürlich, mehr zu schaffen, nur dann lohnt sich das, mit der Bürgerstiftung voranzugehen. Wir nehmen aber wahr, dass die Bürgerstiftung natürlich nicht nur ein Ding ist, wo man Geld sammelt und Geld ausschüttet. Das ist eigentlich der sehr viel unwichtigere Teil,

möchte ich mal unterm Stich, sagen, denn wir würden gerne ausschütten, aber wir haben es einfach noch nicht. Aber was sich da an Menschen gesammelt hat, das ist das eigentliche Potenzial.

Diese 102 Stifter, was sind das für Leute? Das sind ungefähr zu einem Drittel Menschen nicht-deutscher Herkunft und zu Zweidritteln Menschen, die in Neukölln leben und/oder in Neukölln arbeiten, darunter viele, die irgendwie aus dem Bürgerstum kommen – Lehrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Jugendliche, die Jugendfürsorge machen oder Jugendgerichtshilfe, einige wenige Leute aus der Wirtschaft. Offenbar müsste man denen in Neukölln auch eher etwas ausschütten, als von ihnen was zu wollen. Dann gibt es einige, die in Neukölln noch Wurzeln haben, weil sie da aufgewachsen sind. Und dann eben, und das ist natürlich für uns das Spannende, die Menschen nicht-deutscher Herkunft. Das sind Leute aus 14 verschiedenen Nationen, die bei uns sind, zum Teil Vertreter von Communities, also von Vereinen, und zum Teil Einzelpersonlichkeiten. Die Stiftung ist insgesamt gemischt aus Einzelpersonlichkeiten und Vertretern von Communities. Das ist das Besondere an der Bürgerstiftung Neukölln. In dieser Form ist sie einzigartig in Deutschland. Wir haben uns da auch wirklich ein unheimliches Ding vorgenommen, denn, wie gesagt, es ist relativ einfach, darüber zu reden, wie man in Augenhöhe miteinander umgeht, aber dies dann real zu tun, ist was ganz anderes.

Wir haben, um uns besser kennen zu lernen, eine kleine Feier gemacht, die abso-

lut spannend war. Wir haben nämlich eine Reihe der Community-Vertreter zu verschiedenen Gesprächsabenden eingeladen, wo sie über ihr Konzept von ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement in ihren Heimatländern berichtet haben. Das war für uns eine ganz wichtige Voraussetzung, um verschiedene Dinge zu verstehen, dass es in arabischen Ländern so und so funktioniert, und in Indien wieder ganz anders, und in Serbien wieder auf einer anderen Ebene und im Iran praktisch nur im religiösen Kontext möglich ist. Das war eine erste Erfahrung. Wir müssen erst mal mehr voneinander wissen. Das ist überhaupt ein Grundproblem unserer Zusammenarbeit mit Menschen nicht-deutscher Herkunft, dass wir viel zu wenig über sie wissen. Das haben wir uns gerade auch in der Bürgerstiftung vorgenommen zu tun.

Ich könnte Ihnen jetzt noch viel erzählen, das will ich aber jetzt nicht, ich möchte Ihnen bloß noch ein paar Probleme sagen und ein paar gelungene Beispiele. Probleme: Wir haben in der Bürgerstiftung, also gegründet vor vier Monaten, noch keine richtige interne Rollenverteilung ebenso fehlt diese noch in der Außendarstellung. Es ist also nicht ganz klar, was die Stifter von der Bürgerstiftung erwarten und was nicht, also z.B., ob wir uns als einen Verein betrachten, in den man manchmal geht, um dann mit netten Leuten zusammen zu sitzen, oder der auch mal eine Stadtführung macht oder so was, ob man Projekte anstößt, für die man dann gegebenenfalls auch Leute sucht, oder ob man sich als ein Verein von Ehrenamtlichen versteht oder als Unruhebolzen in einer

Kommune wie Neukölln. Da sind wir noch am Debattieren. Wir sind überhaupt noch nicht fertig damit. Ich glaube, das ist eine ganz entscheidende Phase, in der wir sind, um unser Selbstverständnis hinzukriegen. Nach außerhalb ist es genauso schwierig. Sagen wir mal, das Bezirksamt Neukölln – ich rede jetzt hier als Bürgerstiftungsmitvorsitzende und nicht als Kulturamtsleiterin, also nicht als Angestellte des Bezirksamtes Neukölln – nach außen hin ist es schon Friede, Freude, Eierkuchen und der Bürgermeister oder die Stadträte kommen auch mal zu Festveranstaltungen, aber als Partner haben Sie uns überhaupt noch nicht akzeptiert. Also dass man miteinander redet über z.B. Verantwortungspartnerschaft in ein paar Sachen, das ist dem Bezirksamt jedenfalls noch nicht eingefallen. Werden wir mal sehen.

Es gibt auch Schwierigkeiten, zum Beispiel die Aufgaben zu finden, die eine Bürgerstiftung in so einem Kontext hat. Zum Beispiel arbeiten wir seit drei Jahren an einem Konzept, auch mit konkreten Menschen über ethnische Wirtschaft, also insbesondere die ganzen türkischen und arabischen Unternehmer in Neukölln. Da haben wir auch ein bisschen was auf die Beine gekriegt. Jetzt wollten wir gerade ein Projekt beantragen – ha, ha heißt es, das macht jetzt doch schon die Wirtschaftsförderung. Oder was anderes, wir haben auch seit einem halben Jahr daran gearbeitet, was es in Neukölln noch nicht gibt, eine Ehrenamtsbörse gerade im multi-ethnischen Bereich, und da wollten wir ein erstes Projekt anmelden, da hören wir, ha ha, die AWO hat dafür gerade Bundesgeld gekriegt. Das ist noch so ein kleines

Pröbchen von den Problemen, wirklich ein Arbeitsfeld abzustecken, wo man niemand anderem etwas wegnimmt und sich auch nicht auf irgendwas draufsetzt, was andere machen.

Dann haben wir auch Probleme mit unseren ganz vielen Ideen, die viele Einzelne und viele Vereine etc. in die Bürgerstiftung hineintragen. Im letzten Frühjahr gab es ein großes Forum in der Werkstatt der Kulturen zusammen mit Herrn Piening – da waren 250 Leute aus Neukölln, die alle irgendwie an dem Thema Multi-Ethnien arbeiten. Wir haben einen Haufen von Themen identifiziert und vor allem einen Haufen von Leuten, die an vielen Sachen arbeiten und überhaupt nichts voneinander wissen. Aber das sind Probleme, die uns in unserer Kleinheit überfordern.

Es war vorhin auch die Frage nach Ehrenamt oder nicht Ehrenamt in der Bürgerstiftung. Wir haben Gott sei Dank über den zweiten bis zehnten Arbeitsmarkt einen Geschäftsführer in den letzten Jahren haben können. Die Arbeit in Neukölln wäre überhaupt nicht zu machen, wenn die nur ehrenamtlich wäre. Das ist ein ganz großes Problem, dass andere Stiftungen oder Bundesstellen oder so zwar ganz gern bereit sind, mal ein Projekt zu fördern. Aber diese dringend notwendige Basisarbeit einer Geschäftsstelle wird nicht gefördert, damit kann man wenig brillieren.

Wir haben uns im Laufe der zwei oder zweieinhalb Jahre, in denen wir arbeiten, inzwischen schon so ein bisschen zu einer Plattform entwickelt, wo Probleme herein

getragen werden. Ich habe gesagt, das ist negativ, weil wir uns davon überfordert fühlen. Das ist aber natürlich unheimlich positiv, weil dadurch Leute ins Gespräch kommen, die vorher nichts voneinander wussten, obwohl sie vielleicht zwei Straßen weit voneinander arbeiten. Damit gehe ich zur positiven Bilanz über, erstmal dass es überhaupt so eine Plattform gibt, in der niemand versucht, parteipolitisches Potenzial herauszuschlagen und wo es auch nicht um irgendwelche Bandeleien geht, sondern die Bürgerstiftung ist sehr offen. Das hat es in Neukölln noch nicht gegeben und das wird sehr positiv gewertet.

Wir haben hervorragende Erfahrungen gemacht in dem Bereich, der vielleicht in Neukölln zu dem dringendsten Problembe- reich gehört, nämlich die Schul- und Er- ziehungsarbeit und die Frage der man- gelnden Bereitschaft von Eltern nicht- deutscher Herkunft, sich auf den Schulbe- trieb einzulassen und mit den Schulen zu kooperieren. Es gibt einige Menschen tür- kischer und arabischer Herkunft, die das in die Hand genommen haben. Die haben eine Initiative gegründet „Für ein besseres Neukölln“ und ackern mit Eltern bis zum geht nicht mehr. Das ist ganz hervor- ragend. Und die Eltern hören denen zu. Die haben den deutschen Rektoren, den deut- schen Lehrern, den deutschen Eltern nicht zugehört. Das ist so ein Punkt, wo wir ein Stückchen versuchen, die Verantwor- tungsbereitschaft für den Bezirk umzuset- zen und wo es auch ansatzweise gelingt.

Wo es, finde ich, auch ganz spannend ge- lingt: Wir haben in der Bürgerstiftung ei-

nige Hausbesitzer, die in Neukölln in den Quartiersmanagements Häuser besitzen. Diese Hausbesitzer haben sich aus dem Geist der Bürgerstiftung heraus plötzlich zu wirklich sehr aktiven Leuten entwickelt, die in den Quartiersmanagements jetzt ganz wichtige Partner sind. Zum Beispiel diese wunderbare Aktion „Straßenmüll be- seitigen“ in der Schillerpromenade, das waren Bürgerstiftler. Oder im Körner-Kiez ist es genauso. Ich denke, da werden Leu- te in ihren Ansätzen bestärkt, jetzt nicht auf irgendjemanden zu warten, sondern etwas zu machen.

Natürlich ist auch der Bereich der Aner- kennungskultur ganz wichtig, das ist ja auch schon gesagt worden. Ich kann mit diesen Worten nicht sehr viel anfangen und habe Probleme damit. Aber wenn ich sehe, wie wichtig dieser Preis der Bürger- stiftung Neukölln ist, den wir jetzt zweimal vergeben haben für die Vereine, die sonst nichts bekommen oder nichts haben, das ist erstaunlich. Oder wir haben den „Neu- köllner Globus“, das ist ein Preis für Schultheater, Grundschultheater für Klas- sen, die Theaterstücke über die Multi- Ethnien in Neukölln selber machen. Das klappt wirklich sehr gut. Wir sind auch Träger von einer Reihe von Projekten. Das ist manchmal nicht so einfach, weil das eben manchmal die Grenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt durchbricht. Ich muss unterm Strich sagen, dass die Sa- chen gut laufen und dass ich mit den Sa- chen sowohl als Bürgerstiftler sowie auch, auf einem anderen Stuhl sitzend, als Kul- turamtsleiterin hervorragende Erfahrun- gen gemacht habe – wo es uns gelungen ist, Verantwortung abzugeben bzw. jetzt

als Bürgerstiftung Verantwortung zu übernehmen, ernsthaft, nicht im Sandkasten. Es gibt in Berlin eine ganze Menge Beispiele dafür, wo es dann auch wirklich um Geld geht. Wir haben in Neukölln keinen Bürgerhaushalt. Wir sollen jetzt anfangen, darüber nachzudenken. Wir sind da nicht gerade von unserem Bezirksamt ermutigt worden. Aber ich muss sagen, das ist vielleicht auch ein Feld, das erst aktiv wird, wenn ich schon in Rente bin. Aber wenn ich sehe, mit welchem Engagement zum Beispiel dieses Kulturbürgerhaus Rudow von Bürgern getragen und geleitet wird, wenn ich beobachte, wie das Gleiche in Treptow-Köpenick passiert, und zwar wirklich mit Verantwortung, mit abrechenbarer Verantwortung, dann bin ich davon sehr angetan und merke, wenn es ernst gemeint ist, dann klappt eine ganze Menge.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank Frau Dr. Kolland. Das war jetzt eine sehr eindrucksvolle und detaillierte Darstellung. Frau Goehler, vielleicht auch auf die Fragen eingehend, wo liegen die Restriktionen, also woran kann es klemmen bei dem Verhältnis zur Bürgergesellschaft und dem öffentlichen Bereich, ohne Sie darauf einengen zu wollen.



Adrienne Goehler,
Kuratorin Hauptstadtkulturfonds

Ich will meine Bemerkungen unter ein Motto stellen, das ich Edzard Reuter entlehnt habe, weiß Gott kein Berufsrevolutionär. Aber der sagte in seiner etwas schwäbischen Art: „Eine Hauptstadt muss experimentieren können.“ Das ist das Motto, was ich wichtig für diese Veranstaltung finde. Ich möchte aber gerne zwei Bemerkungen machen zu Frau Sinning und auch zu der zweiten Referentin, weil das schon auch was mit den Restriktionen zu tun hat.

Worüber ich gestolpert bin, war Ihr Satz, der Staat würde sich nicht mehr als hierarchisch steuernd fühlen, sondern als kooperativ. Da muss mir irgendetwas entgangen sein, das habe ich noch nicht so richtig mitgekriegt. Das Zweite war der deutliche Appell, es könnte sich bei jeder Urban Governance nur um ergänzende Angebote, nicht um einen Ersatz handeln. Da möchte ich gerne einhaken, weil da ich einen großen Widerspruch zu Ihnen habe. Ich glaube, das Ergebnis vorwegnehmend, dass es darum geht, dass man radikal neue Alternativen denkt. Und die werden sich nicht als Ergänzung eines vielleicht als schlecht Erfahrenen verstehen können, dann sind wir nämlich bei der reparieren-

den Verantwortung und nicht bei der gestaltenden Verantwortung, sondern sie müssen sich als Alternative denken lassen können. Für die Politik oder da, wo wir jetzt vielleicht bei den Restriktionen sind, bemerke ich, dass es zwar ein Heer von Experten und Expertinnen gibt, die immer mal wieder dazu gerufen werden, die aber einen Prozess zwischen Idee bis zur wirklichen Ausführung nicht begleiten dürfen. Sie können einen Input geben. Wir werden nachher sicherlich noch über ein prominentes Berliner Beispiel sprechen, wo es eine historische Kommission gegeben hat mit einem Input, die dann nie wieder gefragt worden ist. Anschließend ist es dann in die Wahl- und in die Ausschussmaschine geraten. So kann Partizipation nicht funktionieren, dass man irgendwann mal an einer Blütestelle jemanden dazu holt und dann aber den Prozess nicht mehr begleiten lässt. Die erste wichtige Anforderung an Politik wäre also, transparente und begleitende Verfahren einzuleiten und nicht hin und wieder Feigenblätter zu errichten.

Veränderung. Ein zweites für mich störendes Wort habe ich bei Frau Biedermann angetroffen, nämlich da, wo es um den freiwilligen Tag und die Freiwilligenagentur geht. Ich möchte sehr deutlich unterscheiden zwischen Ehrenamt, was ich persönlich für die Kehrseite des Neo-Liberalismus halte, nämlich da, wo der Staat oder der Sozialstaat in der Implosion ist – daran müssen wir vor allen Dingen hier in Berlin gar nicht vorbeireden, glaube ich. Ich bin noch nicht so lange da, ich habe viele Regierungen und ganz unterschiedliche Farben mitgekriegt, die

Staatsverschuldung oder die Stadtverschuldung wurde immer größer. Gleichzeitig gibt es aber in Berlin wie an kaum einem anderen Ort und offenbar auch nachzählbar in Form von Stiftungen, 5 % über dem Bundesdurchschnitt, eine Vielzahl an ungeheuer kreativen Menschen. Diese zu verbinden, also im kulturellen, sozialen und nachhaltigen Bereich eine Verbindung herzustellen ist die große Aufgabe für Berlin. Es ist eine Erfahrung, dass nicht immer alles Geld kosten muss, es ist eine Erfahrung des Umgangs. Ganz speziell in Berlin haben wir mit der nicht weg zu diskutierenden Arbeitslosigkeit von 20 % eine große Aufgabe, neue Arbeits- und Lebenstätigkeitsfelder zu entwickeln. Wir können sagen, dass wir in Berlin die „Avantgarde der prekären Verhältnisse“ sind – das, was alle anderen noch verstehen müssen, dass es nämlich die Großindustrie nicht retten wird und dass wir auch nie wieder eine Vollbeschäftigung haben werden. In Berlin ist das schon gängige Praxis. Deshalb ist es möglicherweise auch die Verlockung – ich rede gerne von einem kulturgesellschaftlichen Engagement, weil das Zivilgesellschaftliche als Wort auf etwas verweist, was mir auch nicht geheuer ist, und das bürgerschaftliche Engagement insofern kompliziert ist, als die deutsche Sprache nicht zwischen dem Citoyen oder der Citoyenne und dem Bourgeois unterscheidet. Also ist Bürgerstiftung für mich etwas, was auch durchaus ein ausgrenzender Terminus ist. Ich verwende ihn nicht. Ich rede von einem Weg, den wir gehen müssen, von dem bröselnden, implodierenden Sozialstaat hin zu einer Kulturgesellschaft, die auf das Vermögen setzt – und ich nehme bewusst

dieses Wort, weil wir in diesem Ökonomismus, in dem wir leben, ja mit Vermögen immer noch Knatter gleichsetzen, aber Vermögen ist in einem umfassenden Sinne gemeint. Das ist das, worauf es ankommt, glaube ich. Hier haben wir in Berlin unglaublich gute Chancen. Wir brauchen allerdings eine Politik, die sich tatsächlich als Gegenüber versteht und nicht letztinstanzlich doch als diejenige, die sagt, okay, ich habe mir diese ganzen Vorschläge angehört, jetzt kommt aber die eigentliche Politik. Das ist etwas, was wir alle bislang erfahren haben, glaube ich – dass wir freudig, gar erregt Input geben und neue Modelle vorexerzieren, dann aber an irgendeiner Regelungswut scheitern. Das ist eine Konsequenz für mich: Wer weniger zu geben hat, und wir haben in Berlin weniger zu geben und in einem Sozialstaat zu verteilen, muss auch aufhören, den Anspruch vor sich herzutragen, alles bis ins letzte Detail regeln zu wollen und sozusagen die letztinstanzliche Einrichtung zu sein, die sagt, nein, das geht jetzt einfach nicht. Das, glaube ich, müssen wir uns noch mal genauer angucken.

Ich will versuchen, dieses komische Flachdach noch mal in eine andere Richtung zu bringen. Es gibt in Berlin eine ganze Reihe von Bezirken, in denen wir bei den Eltern eine ganze Reihe von Menschen haben, die einfach keinen Job haben. Warum sollte man nicht in dieser Situation sagen, wo wir alle wissen, dass Schulen dringend so etwas wie Identifikation und Kommunikation brauchen, man gibt eine Summe X, z.B. aus diesen wunderbaren vier Milliarden Bundesmitteln für Ganztagschulen, in die treuhänderische

Verwaltung von Lehrern, Eltern und Kindern. Warum sollten wir das nicht gemeinsam hinbekommen? Das muss man nicht flächendeckend machen. Das ist in Zehlendorf vielleicht auch anders als in einem anderen Stadtbezirk. Es gibt aber zumindest den Menschen die Möglichkeit, mit ihrem eigenen Vermögen, Können, Wissen und Engagement etwas machen zu können und dadurch auch Geld zu verdienen. Darauf bestehe ich. Wir können nicht nur reparieren, wir müssen gestalten. Und das muss natürlich auch Geld nach sich ziehen, aber eben nicht mehr.

Ich will ein anderes Beispiel bringen. Es gibt hier ein prominentes Beispiel einer Schule in Kreuzberg, die hat einfach eine Planstelle gestrichen und dafür vier Leute von außen eingesetzt. Das sind Experten und Experten, sie nennen sie „Die Dritten“, die mit einem ganz anderen Ansatz an die Schule kommen, mit einem Wissen und einer Karriere, mit Problemen aus der Gegenwart, aus dem Arbeitsmarkt – die sich damit konfrontieren, was der Schule gut tut, was beiden Seiten gut tut. Das Gleiche ist die Initiative „Tanz in den Schulen“, die es gerade gibt. Es bräuchte eine Planstelle und man könnte damit 30 Schulen mit Tanzunterricht bezuschussen, und zwar nicht hinterher freiwillig nachmittags, sondern integriert in den Morgenunterricht. Das sind nur ein paar Möglichkeiten.

Ich will noch einen Gedanken loswerden. Sie haben vollkommen Recht, dass man Infrastrukturstellen braucht, und das geht nicht mit Ehrenamt und auch nicht mit Luft und Liebe. Ich glaube aber, dass wir

mehr und mehr in einem Zeitalter sind, wo es eben nicht mehr die langen Läufe gibt, sondern wo wir möglicherweise viel auf Projektebene machen müssen. Dazu brauchen wir senatsübergreifende Töpfe, die uns ermöglichen, daraus Projekte zu initiieren und uns ermöglichen, uns nicht schon wieder an der nächsten Ressortgrenze die Schädel einzuschlagen. Wir brauchen aus dem Personalüberhang, den Berlin erzeugt hat, das Wissen der Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter, um in diesem kulturgesellschaftlichen Engagement auch reüssieren zu können und wir nicht wieder vor der nächsten Bestimmung scheitern. Ich denke, wir sollten auch die Arbeitsagenturen mit dazu bringen, in Projektzusammenhängen ganz andere Formen des Zusammenwirkens zu entwickeln. Das können wir aus der Kunst lernen. Das würde mich wahnsinnig freuen.

Und liebe Frau Junge-Reyer, wir haben ja schon einmal miteinander diskutiert. Sie hat einen wunderbaren Satz gesagt, sie sagte nämlich: „Zivilgesellschaft weit gedacht heißt, die Politik muss Verantwortung aufgeben.“ Ich habe, gebe ich zu, Verantwortung abgeben auch im Sinne einer transparenten und einer anderen Form des partnerschaftlichen Miteinanders verstanden. Bei Ihrem fulminanten Einstieg haben Sie ja den patriarchalen Gestus dieser Behörde wunderbar aufgehoben, die ja doch sagte: „Die Stadt bin ich“, und wir hörten alle, das waren Herr Strieder und Herr Stimmann, vielleicht dann hinterher nur noch Herr Stimmann. Ich gebe zu, für einen Moment habe ich geträumt, dass Sie mit der größten Her-

ausforderung, die wir in der historischen Mitte Berlins haben, tatsächlich einen anderen Umgang finden und nicht sagen, ein Beschluss ist ein Beschluss, ist ein Beschluss und der Bund hat so viel Beschlüsse gefasst, sondern dass Sie mit Ihrer eigenen Rationalität und Kühnheit sagen, aber es gibt doch gar kein Geld dafür. Man möge mir mal zeigen, wo das Geld ist, dann können wir über den Abriss nachdenken. Dazwischen hat sich eben national und international wahrnehmbar in Berlin eine Gruppe, ein Denken konstituiert, mit dem Sie wunderbar hätten segeln können. Und vielleicht bekommen wird ja noch irgendwas zusammen hin. Vielen Dank.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank Frau Goehler. Wenn ich jetzt Sie, Frau Lompscher, bitten darf, zu uns zu sprechen. Es war ja schon paar Mal angeklungen, das Stichwort Bürgerhaushalt, auch bei den Referaten heute vor der Pause. Haushalt ist ja deshalb interessant, weil das ja eigentlich das Herzstück einer öffentlichen Körperschaft ist. Wer zahlt, schafft an. Das ist eigentlich der Inbegriff von Macht. Darum sind die Finanzsenatoren, die Finanzminister überall die wichtigsten Leute, nicht unbedingt die beliebtesten, beim Bund jedenfalls, beim Land mag es anders sein und den Kämmerern, aber eben die mächtigsten Leute. Beim Bürgerhaushalt wird der Bürger, die Bürgerin beteiligt. Es würde mich interessieren, auch mit Blick auf die Einschätzung – Sie vertreten ja nun eigentlich die öffentliche Seite, wenn Sie das Projekt auch fördern – wie das Spannungsfeld funktioniert, wie die Verantwortungen geteilt

wird, wie Verantwortungen wahrgenommen werden. Ich habe das vorhin auch gesagt, ich weiß nicht, ob es Frau Sinning war oder Frau Biedermann – das Problem der Verantwortung, die man übernehmen muss und in der man dann steht, eine Gemeinwohlverbindung. Wie schätzen Sie das ein und welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht.



Katrin Lompscher, *Bezirksstadträtin Lichtenberg*

Also ich bin ja nicht nur Bezirksstadträtin in Lichtenberg für Stadtentwicklung, sondern ich bin ja auch Bürgerin Berlins, und insofern reizt es mich schon, zunächst mal auf das einzugehen, was gerade vorher gesagt wurde. Wenn es so ist, dass staatliche Strukturen eher hierarchisch und auch Verwaltungsapparate eher patriarchal und auch ein bisschen starr sind, dann kann ich das bestätigen. Aber ich kann Ihnen auch sagen, dass es natürlich nichts gibt, was einen zwingt, das beizubehalten. Es mag sein, dass wir ein strukturelles Problem haben, dass es sozusagen nur funktioniert, wenn man freiwillig und bereit ist, anders zu handeln. Aber man kann anders handeln. Insofern wäre es mir schon wichtig, dass solche offenen Fragen, die hier in der Stadt auf der Stra-

ße liegen, auch ernsthaft aufgegriffen werden.

Zu dem Flachdachbeispiel, das ist ja doch sehr handgreiflich gewesen. Als jemand, der für eine Bauaufsicht zuständig ist, raufen sich mir da die Haare. das kann eigentlich nicht wahr sein, dass auf so eine Art und Weise Leute auch gewissen Gefahren ausgesetzt werden. Das kann man eigentlich nicht verantworten. Wenn ich also sage Verantwortung, der Staat muss Verantwortung abgeben – das sehe ich eigentlich nicht so. Ich denke, er muss nicht Verantwortung abgeben, aber er muss Macht abgeben, letztinstanzlich Entscheidungsmacht. Damit beweist er meiner Meinung nach nämlich, dass bestimmte Sachen nicht mehr so funktionieren, wie sie bisher vielleicht funktioniert haben. Aber vielleicht haben sie auch gar nicht so gut funktioniert.

Zum Thema Bürgerhaushalt. Es ist ein Verwaltungsmodernisierungsprojekt, auch durch einen Senatsbeschluss getragen. Insofern bewegen wir uns hier auf der Linie der Rot-Roten-Landespolitik. Wir haben die Erfahrung gemacht, was sind die Erfolgsvoraussetzungen und die Restriktionen für so ein Projekt? Eine Erfolgsvoraussetzung ist, dass die Politik es wollen muss. Sie muss es zur Chefsache machen, gerade weil Verwaltung und Politik sonst eigentlich anders funktionieren. Am Anfang des Projektes standen eine Vereinbarung aller Fraktionen und ein Beschluss des Bezirksamtes, dass man diesem Projekt konstruktiv, aufgeschlossen usw. gegenübersteht und dass man es nicht behindert. Überhaupt, denke ich, ist das

eine wesentliche Tugend von Politik, Dingen nicht im Wege zu stehen.

Zweite Erfolgsvoraussetzung ist die Mitwirkungsbereitschaft der Verwaltung. Klar ist, dass auch ein Bezirk von Berlin ein hoch komplexes Gebilde ist und die Dinge irgendwie komplizierter sind, als man sie sich vorstellt. Da geht es uns allen immer so. Es muss also Komplexität reduziert werden, es muss aufbereitet werden, es muss erklärbar sein, es muss verständlich sein. Dazu braucht man schlicht die Leute in der Verwaltung. Das heißt, wenn die nicht mitmachen, wenn man es als politisches Projekt vor sich her trägt, kann man nur grandios scheitern. Dann kriegt man vielleicht Beifall, aber es funktioniert nicht. Da muss ich für unsere Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung in Lichtenberg wirklich eine Lanze brechen. Anfängliche Skepsis. Das Stichwort ist ja vorhin auch gefallen, Mehraufwand usw., wurde relativ schnell abgelöst von so einem Aha-Erlebnis, dass in der Kommunikation und in diesem Dialogprozess für die Leute selbst ein Mehrwert entsteht. Denn erstens ist es auch eine Form der Legitimation und Anerkennung, wenn man plötzlich merkt, die Leute kommen vielleicht mit Vorurteilen in solche Runden oder in die Internetchats etc., und merken dann aber, da funktionieren ganz vernünftige Dinge.

Wenn es die Leute da nicht gäbe, dann würde manches gar nicht so gut aussehen, wie es aussieht. Also: Die Mitwirkungsbereitschaft der Verwaltung ist als Erfolgsvoraussetzung eine wesentliche Erkenntnis.

Ich habe mir jetzt hier als Stichwort aufgeschrieben „aufsuchende Beteiligung“. Das klingt ein bisschen komisch. Das sind verschiedene Wege der Bürgerbeteiligung. Man darf sich nicht die Illusion machen, dass man alle Wege ausgeschöpft hat, um Leute zu mobilisieren, wenn man das einmal im Bezirksblättchen veröffentlicht hat und einmal in der Bezirksverordnetenversammlung darüber spricht. Man muss sie sicherlich nicht aktivieren, aber man muss sie schon mobilisieren. Es gab die Erfahrungen mit den verschiedensten Möglichkeiten und Formen: Da gab es kleine Filmchen, da gab es eine Internetseite, da gab es so genannte Mini-Veranstaltungen – auch eine interessante Erfahrung, dass sich viele Leute in großen Runden einfach nicht äußern. In kleineren Runden sind sie dagegen durchaus bereit und in der Lage, das zu tun. Darauf muss man dann eben reagieren. Das heißt dann auch, dass es kein Misserfolg ist, wenn 15 Personen kommen, sondern das ist das Ziel der Übung, dass 15 kommen und nicht 500. Natürlich, das ist vorhin gesagt worden, das Stichwort Transparenz. Das Verfahren muss von vorne bis hinten transparent sein und es muss klar sein, dass es irgendeine Art von Wirkung hat. Wenn ich die Leute mit Zahlen und komplizierten Sachverhalten behellige, möchten die zum Schluss auch wissen, was dabei denn heraus kommt. Wir haben in diesen Bürgerhaushalt 30 Millionen aus unserem Bezirkshaushalt die so genannten steuerbaren Produkte eingestellt, der ungefähr 450 Millionen umfasst. Wir hatten vorhin das Wort Produkte mit der Wirtschaftsorientierung. Das ist in Berlin auch so – so genannte freiwillige Leistun-

gen. Man könnte theoretisch sagen, z.B. zu Gunsten einer besseren Grünflächenpflege schließen wir jetzt hier mal alle kommunalen Galerien. Das machen wir natürlich nicht. Also Frau Kolland muss keine Angst haben. Aber das wäre dann die Situation. Denn wir reden ja nicht darüber, wo können wir mehr ausgeben, sondern wir reden darüber, für welche Bereiche gegebenenfalls eine hohe Priorität besteht – nicht nur gegebenenfalls, sondern natürlich zu Lasten anderer.

Adrienne Goehler,

Kuratorin Hauptstadtkulturfonds

Kann man das Geld nicht auch anders ausgeben?

Katrin Lompscher, Bezirksstadträtin

Lichtenberg

Man kann das Geld auch anders ausgeben. Das Interessante an unseren Vorschlägen im Bürgerhaushalt ist, dass die wenigsten davon wirklich Mehrausgaben produzieren, sondern die meisten inhaltlicher Art sind. Das ist immer die spannende Erfahrung, wenn Bürger wirklich mitentscheiden sollen, dass dann gesagt wird, das können die ja gar nicht, weil sie das alles nicht überschauen. Das ist natürlich großer Unfug. Wir haben eher die Erfahrung gemacht, dass jetzt, wo der Prozess dieser Bürgerbeteiligung mit einer zentralen Veranstaltung abgeschlossen wurde und in die Bezirksverordnetenversammlung zurückgegangen ist, eher eine Ratlosigkeit bei den gewählten Politikern besteht. Die wissen jetzt nämlich gar nicht so richtig, was sie machen sollen mit diesen 42 Vorschlägen und was denn jetzt die richtige Art ist, mit Bürgervoten um-

zugehen. Sie stellen plötzlich fest, dass die Aufgabe, die ihnen jetzt geblieben ist, tatsächlich eine gewisse Gewichtung, Begründung, Erklärung und Legitimation dessen ist, was man tut und dessen, was man nicht tut. Die Bürger haben es abgelehnt auch Einsparvorschläge zu machen, was ich völlig legitim finde in dieser ersten Phase. Sie sind zwar gefragt worden, aber sie haben es einfach abgelehnt. Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Das können die gewählten Politiker natürlich nicht mehr ablehnen, die müssen sich mit dieser Frage beschäftigen. Und an der Stelle wird es dann natürlich spannend. Letzte Erfolgsvoraussetzung, die mir spontan einfällt, ist die Kommunikationskultur – das ist auch gesagt worden. Man muss die gleiche Sprache sprechen oder sich zumindest in seiner Sprache annähern. Da sind Verwaltung und Politik relativ häufig weit entfernt von der Alltagssprache, die zweifellos auch sehr verschieden ist, aber sie ist noch mal deutlich anders als die Verwaltungssprache.

Wo sind die Restriktionen? Das ist ja das Entscheidende. Natürlich sind entscheidende Restriktionen da, wo es um Ressourcen, Konkurrenz und Interessenkonflikte geht, also da, wo es hart zur Sache geht. Da wird man dann nicht umhin kommen, es sei denn, es fällt jemandem wirklich was ein – wenn wir uns hier auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, dann liegt die Letztentscheidung beim Parlament. Das ist so. Es sei denn, jemand hat eine bessere Idee. Wir haben die jetzt noch nicht gehabt, also muss die Bezirksverordnetenversammlung letztlich

diese Abwägungsentscheidung treffen und sie muss sie dann natürlich auch aushalten. Das wird Ende April sein. Ich bin sehr gespannt, wie der Prozess ausgeht. Der ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erkennbar. Aber, wie gesagt, dieses Projekt Bürgerhaushalt in Lichtenberg hat mir zumindest gezeigt, dass die Möglichkeit besteht, solche komplizierten Verfahren so aufzubereiten, dass sich die Leute sich tatsächlich beteiligen. Natürlich beteiligen sich nicht Hunderttausende. Lichtenberg hat 250.000 Einwohner, real beteiligt haben sich an den Votierungsverfahren ungefähr 1.500 Menschen. Es gab aber weit über 10.000 Zugriffe auf die Internetseite und auch über 1.000 Besucher auf den Veranstaltungen. Das sind schon ganz gute Ergebnisse vor dem Hintergrund, dass wir ja wissen, egal mit wie viel Aufwand wir in Beteiligungsprozesse gehen, man wird nicht jeden Zweiten mobilisieren, weil es auch legitim ist, sich für bestimmte Sachen nicht zu interessieren.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank. Bevor wir Ihnen jetzt das Wort geben, vielleicht zwei Nachfragen von Frau Goehler und mir. Ich wollte fragen, haben die Bürgerinnen und Bürger eigentlich auch Einsichtsrechte, werden sie informiert über Hintergründe, also geben die Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Informationen weiter oder können sie Informationen einsehen?

**Katrin Lompscher, Bezirksstadträtin
Lichtenberg**

Es gibt, wie gesagt, auf dieser Internetseite sehr ausführliche Informationen. Da gibt es sogar einen Haushaltsrechner. Es

gab im Vorfeld des Prozesses eine Beilage in den Rathausnachrichten, also einem Blättchen, das mit 100.000 Exemplaren recht viele Haushalte erreicht, wo unter der Überschrift „Lesbarer Haushalt“ auch erklärt wurde, wofür der Bezirk sein Geld ausgibt, wo es herkommt. In dieser Art und Weise sind die Informationen vorhanden gewesen, bei allen Veranstaltungen waren die Verwaltungsmitarbeiter da, standen an Infotischen für Rückfragen zur Verfügung. Die Möglichkeit, sich zu informieren, war also, glaube ich, sehr weitgehend vorhanden.

Frau Goehler, Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds und Vorstand Berlin 21

Ich würde gerne Ihre Einschätzung dazu hören: Ich begreife den Zustand in unserem Land als einen, dass sich fast alle nur als Teil des Problems und niemals als Teil der Lösung begreifen – und das ist nicht nur eine Frage von einer sozialen Unterschicht. Das ist das, was uns die Politik eigentlich jeden Tag sagt. Wir sind einfach nur ein Problem und schaffen es nicht, eine Lösung zu machen. Das machen wir gerade in dem Bürgerhaushalt anders. Weil Sie sagen, die letzte Instanz ist natürlich dann das Parlament, würde mich interessieren, ob Sie ein Empfinden dafür haben, ob sich das Parlament nicht einfach über so eine Möglichkeit, nämlich Teil der Lösung zu sein, völlig verändern könnte – also ob sich vielleicht diese Parteien, die wir da haben, auch einfach verändern könnten?

Katrin Lompscher, *Bezirksstadträtin
Lichtenberg*

Das ist im Moment nicht absehbar. Absehbar ist, dass die Parlamentarier die Erfahrung machen, dass ihr Vorurteil, die Bürger verstehen das nicht und man kann das nicht die Bürger entscheiden lassen, widerlegt ist. Das ist ja möglicherweise die Voraussetzung dafür, dass sich auch am Selbstverständnis von Vertretungskörperschaften was ändert, würde ich mal so einschätzen. Im Übrigen stellt sich natürlich auch die Frage, wenn man wirklich mitentscheiden will und das System so funktioniert, wie es funktioniert, dann wäre es ja die logische Konsequenz, solche Parlamente stärker in Anspruch zu nehmen, indem man entweder selber reingeht oder sie stärker in die Pflicht nimmt. Also dieses System der repräsentativen Demokratie hat offensichtlich natürlich die eine oder andere Patina, sonst wäre es ja nicht erforderlich, so viele begleitende andere Formen der Mitbestimmung zu wählen. Auf kommunaler Ebene habe ich den Eindruck, sind die Parteiendifferenzen in der Regel weniger ausgeprägt als auf höheren politischen Ebenen, weil die Dinge einfach so handgreiflich und anfassbar sind, dass es wirklich schwierig ist, sich darüber irgendwie ideologisch zu unterhalten.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank. Gibt es Wortmeldungen aus dem Publikum?

Adrienne Goehler,
Kuratorin Hauptstadtkulturfonds

Wir haben so wenig Zeit, könnt Ihr Euch nicht alle zusammen an irgendeinem Mik-

ro aufstellen, da wir unserer Gastgeberin schließlich auch noch Zeit geben wollen.

Redebeitrag Publikum

Vielen Dank für die Information. Ich finde es nur bedauerlich, es ist ja ein Podium und ich fände es schön, wenn eine Diskussion entstehen würde. Aber Sie sind sich ja alle einig. Ich finde auch, auf dem Podium fehlt jemand, damit es zu einer Kontroverse führt. Ich fand den Redebeitrag von Frau Goehler super spannend. Ich würde einfach sehr gerne Frau Junge-Reyer bitten, vielleicht auch persönlich etwas zu der Geschichte um das jüngst entstandene Netzwerk „Palastbündnis“ zu sagen. Denn das ist ja das Thema, was Sie angesprochen haben.

Redebeitrag Publikum

Ich wollte gern noch mal auf das Informationsmaterial eingehen, das wir am Eingang auch verteilt haben, das sich die meisten ja bestimmt inzwischen mal kurz angeguckt haben. Es ist ein Beispiel für ein Flachdach, ein anderes Flachdach, und ein Beispiel für einen Vorschlag, ein bürgerschaftliches Engagement, wo der Senat so verfahren ist, wie es draußen an der Volksbühne dran hängt, nämlich „Mitmischen impossible“ ohne die Klammern. Und das ist ein Vorschlag, wie man nur aus den Untergeschossen des Palastes, das wäre jetzt noch möglich und kostenneutral, einen Ort für Kultur machen könnte. Der hat die dreifache Fläche und ungefähr die Höhe vom Foyer der Nationalgalerie, wäre also von unschätzbarem Wert für die Stadt als kultureller Veranstaltungsort. Das Ganze würde genauso

viel kosten wie das, was der Senat jetzt vor hat dort zu machen. Was der Senat jetzt vorhat, ist eine Art Bombentrichter, der sich zur Spree hin öffnet und der eigentlich nur als Mahnmal für die im Denken des Kalten Krieges verhaftete Politik des Senates taugt. Wir sind der Meinung, dass Frau Junge-Reyer, wenn sie nicht fähig ist, an dem wichtigen Punkt der Stadt eine andere Politik zu machen und ein anderes Vorgehen einzuschlagen, lieber ab danken und das Feld Leuten überlassen sollte, die fähig sind, mit Pragmatismus und Vernunft die Dinge anzugehen. Danke.

Redebeitrag Publikum

Eine weitere Stimme aus dem Palastbündnis und überhaupt von allen, die sich daran in den letzten drei Monaten beteiligt haben. Ein Bündnis, was sich super kurz entwickelt hat mit vielen 1000 Unterstützern weltweit und in der ganzen Bundesrepublik. Ich stelle mir hier gerade die Frage, es heißt „Einmischen“ oder „Mitmischen impossible“. Wir sollen uns jetzt ganz kurz fassen und Fragen stellen. Wäre es nicht auf so einer Veranstaltung wichtig gewesen, für größere Fragen ein kleines Podium einzurichten oder auch vielleicht zwei Stühle mehr dort vorne aufzustellen und Leute aus dem Publikum einzuladen und vielleicht Beiträge von verschiedenen Initiativen vorzustellen? Es war nicht möglich sich dort im Voraus einzubringen, das ist abgeblockt worden. Jetzt möchte ich noch mal ganz kurz sagen, was in den 80er Jahren vielleicht noch möglich war, sich einzumischen oder mitzumischen. Also die „Topographie des Terrors“ ist zum Beispiel zum Thema geworden und ist

auch heute noch das große Thema. Das ist im Grunde genommen ein demokratisches Thema geblieben. Oder auch die Stadtsanierung in Kreuzberg, dass man dort Baulückengestaltung und andere alternative Formen durchsetzen konnte, gibt es seit 1991 eigentlich nicht mehr wirklich. Es gibt eine Blockrandbebauung. Wir haben hier auch einen kleinen Flyer dazu verteilt – mit verschiedenen Initiativen gemeinsam entwickelt: Thema Blockrandbebauung, das Hotel Unter den Linden wird gerade abgerissen. Es war nicht möglich, dort vielleicht auch mal einen Platz oder ein Gebäude der 50er, 60er, 70er Jahre einfach mal aus der DDR-Zeit stehen zu lassen wie andere Gebäude. Das Ahornblatt ist trotz großen Protestes abgerissen worden. Es stand unter Denkmalschutz. Ich nenne als Letztes jetzt noch mal den Palast in Republik, der jetzt gerade abgerissen wird. Diese große Initiative Palastbündnis, Bündnis für den Palast und viele andere Nebeninitiativen und Mitinitiativen sind völlig ignoriert worden. Wir haben keine Antwort bekommen. Es gab kein Podium, dass man das vielleicht noch einmal diskutieren könnte – an dieser wichtigen Stelle einer Hauptstadt, einer Metropole. Wir reden hier über Dachsanierung in Wiesbaden und Mini-Bürgerinitiativen, was super wichtig ist. Aber heute und an dieser Stelle in dem Thema „Mitmischen impossible“ stellt es sich eigentlich noch mal ganz deutlich dar, dass das Ganze einfach nur ein Scheinprozess ist. Vielen Dank.

Redebeitrag Publikum

Einen kleinen Nachsatz dazu. Nur als Vorschlag, vielleicht könnte ja das Thema des

nächsten oder übernächsten Stadtforums mal sein: „Was soll mit dem Schlossplatz passieren? Was wünschen sich die Bürger für den Schlossplatz und für das Humboldt-Forum?“

Redebeitrag Publikum

Ich möchte dazu nur sagen, dass es auch eine große Bürgerinitiative gibt, die für das Schloss ist. Das wollen wir hier nicht vergessen. Die sind vielleicht heute nicht so zahlreich vertreten, weil das hier nicht ihr Thema war, aber diese sind auch groß. Was ist, wenn Bürgerinitiative gegen Bürgerinitiative steht?

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank. Ich glaube, wir sind jetzt am Ende der Beiträge angekommen. Ich denke, es ist auch an der Zeit, Frau Goehler hat den Hinweis schon gegeben, Frau Junge-Reyer die Gelegenheit zu geben, jetzt ihre Eindrücke darzustellen, zusammenzufassen und auch ihre Bewertung der Diskussion und ihre Andeutungen und Folgerungen daraus darzustellen.



Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Vielen Dank. Meine Damen und Herren, Sie haben uns Mut gemacht. Sie haben uns dargestellt, dass Berlin reich ist. (**Un-**

terbrechung durch Publikum) Meine Damen und Herren, das ist bei jedem Stadtforum so. Das ist einer der „running gags“. Das machen wir jetzt auch noch mal. Sie sind jetzt dran.

Redebeitrag Publikum

Sie bekommen heute eine besondere Auszeichnung. Und drei Sätze dazu. Frau Senatorin, werte Anwesende, es ist mir eine Freude, hier und heute Frau Ingeborg Junge-Reyer diese hohe Auszeichnung verleihen zu dürfen. Sie hat in beispielhafter Übergehung der öffentlichen Meinung und mit hervorragendem vorausseilendem Gehorsam die Pläne zur Beseitigung des Palastes der Republik übererfüllt. Mindestens 3, wahrscheinlich 5 Jahre hätte der Palast noch zwischengenutzt werden können. Auch einer Nutzung der Untergeschosse widersetzt sie sich bisher in ihrer charmanten Art und Weise. Planübererfüllung, Ignoranz und Arroganz sind Eigenschaften, die wir als Palastbündnis an ihr schätzen gelernt haben. Deshalb wünschen wir ihr mit diesem Pokal die besten Wünsche zu ihrer hoffentlich baldigen Abwahl. Dankeschön.

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Meine Damen und Herren, am Beispiel der Palastdiskussion muss ich Ihnen natürlich sagen, dass wir das Thema auch in anderen Sälen in erheblichem Umfang diskutieren. Je nach dem, aus welchem Anlass eine solche Veranstaltung stattfindet, welches Bündnis gerade da ist – für oder gegen das Humboldt-Forum, für oder gegen den Palast, für oder gegen den Abbau der Wanne – so ist dann jeweils die Stim-

mung. Ich glaube, das zeigt uns auch, wo die möglichen Chancen und – ich greife den Begriff gerne auf, der hier gefallen ist – die möglichen Restriktionen für das bürgerschaftliche Engagement liegen. Lassen Sie uns doch lieber gleich die entscheidenden Fragen stellen. Es geht wie immer um Macht und um Geld. Es geht darum, wer bestimmt. Es geht darum, wer das Sagen hat. Es geht darum, wer bezahlt, wer etwas bekommt, wer verteilt und wer tatsächlich Einfluss hat, auch in der Situation, in der wir uns jetzt hier befinden. Das wollen wir uns nicht schön reden. Wenn wir darüber sprechen – Frau Biedermann hat gerade in den letzten Darstellungen Ihres Beitrags gezeigt, was in Berlin schon stattfindet, wie reich wir eigentlich an Einflussmöglichkeiten und an einer Kultur der Beteiligung sind. Das war schon während der Zeit der Stadterneuerung so und das ist in den Quartiersmanagementgebieten so, in denen Bürgerinnen und Bürger in zufällig zusammen gewürfelter Zusammensetzung darüber entscheiden, wie Geld verwendet wird. In dem Fall wurde auch nur beraten, sondern entschieden. Ich glaube, es ist die Frage zu klären, wie weit wir eigentlich gehen, wenn es darum geht, tatsächlich Verantwortungsgemeinschaften zu bilden. Sie haben, Frau Sinning, von der Bürgerstadt als einer Möglichkeit gesprochen, kommunale Verantwortung in Kooperationen zu übernehmen, oder kommunale Verantwortung in Kooperationsstrukturen zu übernehmen, die transparent sein sollen und die nachvollziehbar machen sollen, wie Entscheidungen getroffen werden. Uns ist Mut gemacht worden, Partnerschaften zu suchen und ich glaube, diese Partner-

schaften gibt es in Berlin in vielfältiger Weise vor Ort auch schon. Es gibt sie bei den Wohnungsbaugesellschaften, übrigens bei den privaten genauso wie bei den öffentlichen. Es gibt sie in den Netzwerken, die die Sportvereine mit der Wirtschaft gegründet haben. Es gibt sie in vielfältiger Weise in den Kiezen und Bezirken. Es gilt allerdings die Frage zu klären, und darauf ist hier vor allen Dingen aus Neukölln hingewiesen worden, wo tatsächlich das Ernstnehmen so weit geht, dass es sich nicht nur um Mitbestimmung, sondern um die Abgabe von Macht und um die Möglichkeit zu bestimmen, handelt. Wahrscheinlich sind wir da in sehr vielen konkreten Fällen noch nicht weit genug. Möglicherweise ist es so, dass wir bisher nicht hinreichend definiert haben, wer Macht und Einfluss abgibt.

Frau Goehler, Sie haben darauf hingewiesen, dass das Abgeben von Verantwortung thematisiert wird, auch von mir schon thematisiert worden ist. Ich glaube, es geht nicht um das Abgeben von Verantwortung, es geht darum, dass die jeweilige Verantwortung definiert wird und dass geklärt wird, wie daraus gemeinsame Verantwortung werden kann. Das ist viel Theorie – so wie für mich heute sehr viel auf der theoretischen Ebene geblieben ist – es sei denn, wir nehmen wieder die Berliner Beispiele, die die meisten hier im Saal schon kennen.

Ich möchte die Frage stellen, was wird eigentlich besser für alle Beteiligten, wenn wir dann wirklich eine solche Bürgerstadt sind? Was ändert sich an der Gestaltung von Entscheidungsstrukturen, an der Qua-

lität der Entscheidungen, an der Nachhaltigkeit von Entscheidungen, an ihrer Wirksamkeit und Durchsetzung? Ich glaube, wenn wir uns auf die jeweiligen Kompetenzen von Verwaltung und Politik einerseits, von Wirtschaft auf der anderen Seite und die nicht hinreichend bekannten und abgerufenen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger beziehen und versuchen würden, sie in einer Struktur zusammenzuführen, die sich Projekten nachvollziehbar widmet, dann würden wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle lernen, wie es funktioniert. Auch das ist eine theoretische Aussage. Wir müssten wiederum in Berlin schauen, wo die nachvollziehbaren Beispiele sind, von denen ich glaube, dass es schon viele davon gibt.

Was besser werden kann, ist die Durchsetzungsfähigkeit und die Erhöhung der Akzeptanz für das, was vor Ort als gemeinsames Ziel definiert ist. Wenn man so etwas sagt, dann steht man natürlich sofort politisch in dem Verdacht, dass man sich auf diese Weise Akzeptanz für politische Projekte verschaffen will – denn was Politikerinnen und Politiker wollen, ist natürlich die Akzeptanz und die Wiederwahl. Ist das richtig, ist das legitim oder ist das nur ein Stückchen Verbrämung oder ein Stückchen Deckmantel für demokratische Prozesse? Das kann man nicht theoretisch entscheiden, das muss man vor Ort, in den Bezirken, anhand der Projekte entscheiden. Um ein Beispiel zu nehmen: Es muss zum Beispiel entschieden werden, ob der breite Beteiligungsprozess, den wir am Gleisdreieck durchführen – mit vielen, vielen Vorbesichtigungen, Vorgesprächen,

vorbereitenden Veranstaltungen zusammen mit einer Bürgerinitiative – tatsächlich ausreicht, um zum Schluss ein von allen akzeptiertes Umgestalten dieses Parks für diejenigen möglich zu machen, die da mitgewirkt haben. Reicht das oder reicht das nicht? Was fehlt uns, was müssen wir anders oder besser machen?

Wenn ich dann allerdings sehe, dass es wiederum um die Frage des Geldes geht – das ist ja hier ganz deutlich angesprochen worden –, muss ich auch fragen: Ist es wirklich so, dass der Staat, wenn er kein Geld mehr hat, die Dächer nicht mehr decken und die Schulen nicht mehr streichen kann, das Recht verloren hat zu gestalten? Wohl nicht. Das wäre gegen die Grundsätze einer Demokratie. Es geht auch deshalb nicht, weil nicht wahlweise demjenigen, der die meisten Leute mobilisiert, das alleinige Bestimmungsrecht und die Entscheidungsbefugnis in einer Angelegenheit zukommt. Deshalb ist die Grenze wiederum da, wo ein Abgeordnetenhaus, eine Bezirksverordnetenversammlung ihr Recht und ihre Pflicht wahrnehmen muss, solche Entscheidungen zu treffen und sie nach außen darzustellen. Gerne und leider nur beratend, Frau Lompscher, von denjenigen, die sich als Bürgerinnen und Bürger mit dem Bürgerhaushalt auseinandergesetzt haben. Aber die Verpflichtung als politisch gewähltes Gremium, gegebenenfalls eine Mehrheitsentscheidung zu treffen und sie nach außen zu vertreten, das sollten wir doch weiter von dem Staat und den Parlamenten erwarten. Und ich glaube, das können wir auch erwarten.

Frau Goehler, ich danke Ihnen, dass Sie mich auch noch einmal auf das konkrete Beispiel angesprochen haben. Sie haben mir gesagt, dass man ab und zu rational überlegen muss, ob man das Geld für irgendetwas hat. Mir wird manchmal vorgeworfen, ich würde zu schnell daran denken, ob man auch das Geld für das hat, was man erreichen und umsetzen will. Wir können nicht auskommen ohne grundsätzliche Entscheidungen über Entwicklungen und über die Gestaltungsmöglichkeit in einer Stadt – am Beispiel des Humboldt-Forums wurde das hier diskutiert –, die in weiter Ferne liegen. Da muss man sich irgendwann mal entscheiden, muss in demokratisch gewählten Gremien diese Entscheidung gegebenenfalls noch einmal zur Disposition stellen, so wie das vor ein paar Wochen geschehen ist. Wenn man sich dann entschieden hat, dann muss man eine Vision, zu der man gestanden hat, irgendwann auch mal verfolgen und muss sie so konkret wie möglich machen und nicht sagen, habe ich denn auch das Geld, sondern muss sich mit aller Kraft darum bemühen, das Geld zusammen zu bekommen.

Im Ergebnis glaube ich tatsächlich, dass es für alle Beteiligten besser ist, wenn sie Verantwortungsgemeinschaften bilden. Wenn es uns gelingt, einen Prozess zur Bildung dieser Verantwortungsgemeinschaften so transparent wie möglich zu gestalten. Ich glaube, dass dies Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger aushandeln können. Ich glaube allerdings auch, dass wir dies in Berlin bis-

her viel zu wenig zum förmlichen Thema von Politik gemacht haben. Dass wir dies so wie heute hier fordern, dass wir uns dazu bekennen, dass es solche Verantwortungsgemeinschaften in einer Bürgerstadt geben muss, dass wir die Beispiele zitieren, die wir schon haben, uns darauf beziehen, sie auch kritisch betrachten – allerdings in einem förmlichen Prozess, den wir Deutschen immer brauchen, wenn wir etwas organisieren wollen. Ergebnis eines solchen Prozesses könnte sein, dass wir sagen, ja, solche transparent gestalteten Verantwortungsgemeinschaften, sind ein Modell zur Diskussion von Stadtentwicklungspolitik. Das ist mit allen zu Beteiligten noch nicht hinreichend verabredet. Vielleicht sollten wir das mal beim nächsten Mal versuchen.

Prof. Krautzberger, Moderation

Vielen Dank Frau Junge-Reyer und ebenfalls vielen Dank den Referentinnen und Diskutantinnen. Wir sind am Ende der Veranstaltung angekommen, ich möchte aber nicht versäumen noch die nächste Veranstaltung anzukündigen: Sie wird am 21. April im Museum für Technik am Gleisdreieck zu dem Thema „Umbruch, Aufbruch, Durchbruch. Zukunftsräume in Berlin“ stattfinden. Vielen Dank, dass Sie heute hierher gekommen sind und einen schönen Abend.

Ende

Weiterführende Literatur und Links

- Akademie für Ehrenamtlichkeit: Qualifizierungsmöglichkeiten und organisationübergreifender Erfahrungsaustausch für haupt- und ehrenamtlich Engagierte
URL: <http://www.ehrenamt.de>
- Aktive Bürgerschaft – Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken und Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund
URL: <http://www.aktive-buergerschaft.de>
- Biedermann, Christiane (2003): Stichwort: Corporate Citizenship. In: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken - BVR (Hrsg.): Investitionen in Corporate Citizenship sind Investitionen in die Zukunft. Erster Bericht über das gesellschaftliche Engagement des genossenschaftlichen FinanzVerbundes, Berlin, S. 12-15 (zusammen mit Stefan Nährlich)
- Biedermann, Christiane (2004): Bürgerengagement "salonfähig" machen. In: BankInformation und Genossenschaftsforum. Das Magazin der Volksbanken Raiffeisenbanken. Sonderdruck 2004
- Biedermann, Christiane (2005a): Ehrenamtliche Mitarbeit in Stiftungen. In: Barbara Weitz u.a. (Hrsg.): Rechtshandbuch Stiftungen. Hamburg 2005 (zusammen mit Stefan Nährlich)
- Biedermann, Christiane (2005b) Von der guten Tradition zum Corporate Citizen. Gesellschaftliches Engagement in der deutschen Wirtschaft. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 3, S. 108-109
- Biedermann, Christiane (im Erscheinen 2006): Corporate Citizenship und Public Relations (PR). In: André Habisch/René Schmidpeter (Hrsg.): Handbuch Corporate Citizenship Management, Springer Verlag (zusammen mit Rolf Kiefer)
- Biedermann, Christiane (im Erscheinen 2006): Gemeinnützige Organisationen als Partner von Unternehmen. In: André Habisch/René Schmidpeter (Hrsg.): Handbuch Corporate Citizenship Management, Springer Verlag (zusammen mit Stefan Nährlich)
- Bürgerhaushalt Lichtenberg
URL: <http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de>
- Bürgerstiftung Neukölln
URL: <http://www.neukoelln-plus.de>
- CIVITAS – Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland
URL: <http://www.buergerorientierte-kommune.de/>

Dienstleistungszertifikat Nordschwarzwald: entwickelt in Gemeinschaftsleistung von Kommunen, Wirtschaft und Institutionen um „Kommunale Kompetenz“ zu stärken.

URL: <http://www.kommunale-kompetenz.de>

Goehler, Adrienne (2006): Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft, Frankfurt a. M.

Kolland, Dorothea (2002): Das Leitbild Nachhaltigkeit in der kommunalen Kulturpraxis.

Kolland, Dorothea (2003): „Kiez International“ in der „Contact Zone“ Interkulturelle Konzepte in Berlin-Neukölln. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/03.

Kolland, Dorothea (2003): Kunst im sozialen Kontext – die Perspektive der Kommune
In: Travail social et travail artistique et en Europe. Dokumentation einer Tagung von Banlieues d'Europe, Berlin 2003.

Kolland, Dorothea (2003) Grenzen öffnen, um Welten zu erkennen. Kulturelle Bildung im kultur- und sozialpolitischen Kontext In: Festvortrag zum 40. Geburtstag der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, 3. 10. 2003, Remscheid

Schröder, Carsten und Heidi Sinning (2006): Stadt-regionale Kooperationsstrategien zum demo-graphischen Wandel am Beispiel Thüringen, in: Arbeitsmaterial der ARL, Hannover. (im Erscheinen).

Selle, Klaus, Ariane Bischoff, Heidi Sinning (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht über Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund.

Selle, Klaus, Frank Pflüger und Heidi Sinning (2003): Neue Medien und Bürgerorientierung. Anforderungen, Strategien und Praxisbeispiele, Gütersloh.

Sinning, Heidi (Hrsg.) (2006): Stadtmanagement – Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region), Dortmund. (im Erscheinen).

Städte-Netzwerk NRW: Robert Jungk Preis – Auszeichnung herausragende Projekte des Bürgerengagements aus

URL: <http://www.netzwerk.nrw.de>